

Halbzeitbilanz

Wahlperiode 2019–2024



Halbzeitbilanz

Wahlperiode 2019–2024



Inhalt

Halbzeitbilanz der Wahlperiode 2019–2024	5
Dokumente	18
Dokument 1 Wahlergebnisse	19
Dokument 2 6. Kreistag Oder-Spree, 2019–2024	20
Dokument 3 Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE-PIRATEN und ihre Arbeitsbereiche	21
Dokument 4 Zum Sechsten ... Zur Eröffnung des Kreistages Oder-Spree	23
Dokument 5 Für unsere und eure Freiheit Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE und seine aktuelle Bedeutung	25
Dokument 6 Solidarität und Unterstützung durch DIE LINKE	27
Dokument 7 Tesla – gestalten statt verhindern Auf jede Frage eine sachliche Antwort	28
Dokument 8 Farbe bekannt Zum Kreistag im Februar 2020	32
Dokument 9 Der Corona-Kreistag	35
Dokument 10 „Marx und Engels über Migration“	39

Impressum

Halbzeitbilanz – Fraktion DIE LINKE-PIRATEN im Kreistag Oder-Spree,
Wahlperiode 2019–2024

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE-PIRATEN im Kreistag Oder-Spree

Fraktionsvorsitzender: Dr. Artur Pech, Breitscheidstraße 7, 15848 Beeskow

E-Mail: artur.pech@dr-pech.de

Redaktionsschluss: November 2021

Foto auf Titelseite: Landratsamt im Beeskow, Foto: Dr. Artur Pech

Auflage: 1 100 Stück

Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner

Druck: Saxoprint GmbH, 01277 Dresden

Dokument 11	
7. Oktober – Kein Kreistag wie jeder andere	41
Dokument 12	
Ist eine Geschäftsordnung wichtig?	43
Dokument 13	
Marode Landesstraßen im Landkreis	44
Dokument 14	
Ein Nahverkehrsplan zwischen den Bedürfnissen der Menschen und den Götzen der Marktwirtschaft	46
Dokument 15	
Zur Arbeit der GefAS	
Die Fraktion DIE LINKE.Piraten im Kreistag Oder-Spree gratuliert	48
Dokument 16	
Über Irrwege aus der Krise	50
Dokument 17	
Frage und Antwort zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft	56
Dokument 18	
Integration von Menschen mit ausländischer Herkunft im Landkreis	60

Halbzeitbilanz der Wahlperiode 2019–2024

In der Linksfraktion im Kreistag Oder-Spree ist es zur Tradition geworden, zur Mitte einer Wahlperiode vor ihren Wählern, ihrer Partei und auch vor sich selbst Rechenschaft über die Ergebnisse ihrer Arbeit zu legen.

Der Anfang der Wahlperiode war für uns nicht einfach. Mit den Wahlen vom 26. Mai 2019 zogen neun auf der Liste der LINKEN gewählte Abgeordnete in den Kreistag ein – das waren drei weniger als in der vorangegangenen Wahlperiode. Damit setzte sich auch für uns ein Trend fort, der nach dem Höhepunkt mit 16 Abgeordneten im Jahre 2008 über zwölf Abgeordnete im Jahre 2014 zu neun Abgeordneten im Jahre 2019 führte.

Auffällig dabei ist, dass DIE LINKE bis 2009 bei Bundestags- und Landtagswahlen bessere Ergebnisse erzielt hatte, als bei Kommunalwahlen. Seit 2014 sind nun die Kommunalwahlergebnisse besser als die auf den anderen politischen Ebenen. (*Dokument 1*) Dem grundsätzlichen Abwärtstrend konnten wir uns freilich auch nicht entziehen. Die größten Mühen an der Basis können zentrale Fehler in den politischen Weichenstellungen nicht ausgleichen.

Da sich Felix Mühlberg – gewählt auf der Liste der PIRATENPARTEI – unserer Fraktion angeschlossen hatte, arbeitet die Fraktion in dieser Wahlperiode mit zehn Abgeordneten im Kreistag. (*Dokument 2*)

An dieser Stelle ist auch Eberhard Sradnicks zu gedenken, der viele Jahre unangeregt, prinzipienfest und mit großer Sachlichkeit in der und für die Fraktion gearbeitet hat und zu Beginn des Jahres 2020 viel zu früh verstarb. (*Dokument 8*)

In der ersten Halbzeit der Wahlperiode 2019–2024 hat die Kreistagsfraktion Initiativen ergriffen:

- zum Tag der Befreiung,
- zur Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger Geflüchteter aus Griechenland (*Dokument 9*),
- zur Migration und zur Migrationssozialarbeit,
- zur Tarifsituation am Oder-Spree-Krankenhaus in Beeskow,
- zur Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien bei Investitions- und Beschaffungsentscheidungen (*Dokument 8*),
- zur Förderschule Erkner,
- zur Kinderbetreuung in der Pandemie (*Dokument 9*),
- zu einem Armutsbericht für den Landkreis (*Dokument 15*),
- zur Finanzierung der Schuldnerberatung,
- zu Rückzahlungsforderungen gegen Minderjährige aus Hartz-IV-Familien,
- zu den Kosten der Unterkunft und zur Wohnkostenlücke,
- zum Schulessen,
- zur Finanzierung freier Träger der Jugendhilfe,
- zum Nahverkehrsplan,
- zu den Auswirkungen der Afrikanischen Schweinepest im Landkreis,
- zur Tesla-Ansiedlung in Grünheide und damit verbundenen Verkehrsproblemen,
- zur Müllentsorgung,
- zur Kulturentwicklung im Landkreis,
- zum Kreishaushalt/zum Kreisstrukturfonds,
- zum DigitalPakt Schule,

- zur Organisation der Arbeit des Kreistages unter den Bedingungen der Pandemie,
- zur Situation im Rettungsdienst,
- zur Coronapolitik,
- zu maroden Landesstraßen im Landkreis (Dokument 13),
- zur Einführung eines papierlosen Kreistages,
- zur Geschäftsordnung des Kreistages (Dokument 12).

Wir wissen, dass ein großer Teil der politischen Wirkung unserer Arbeit verpufft, wenn es nicht gelingt, sie in die Öffentlichkeit zu tragen.

Bis zum Ende des Jahres 2020 berichtete die Fraktion deshalb regelmäßig in der Kreiszeitung der LINKEN, dem *WIDERSPRUCH*. Seit Dezember 2020 geben wir nun nach jedem Kreistag gedruckt und online ein *Infoblatt* heraus.

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree begann seine 6. Wahlperiode wenige Wo-

chen vor dem 80. Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschland auf Polen. Zu seiner Eröffnung zitierte ich eine Strophe aus einem Text, den Bertold Brecht sich für eine deutsche Nationalhymne gedacht hatte:

*„Und nicht über, und nicht unter
ändern Völkern wollen wir sein
von der See bis zu den Alpen, von
der Oder bis zum Rhein.“*
(Dokument 4).

Das ist noch immer ein nicht verwirklichtes Ziel. Zur Hälfte unserer Wahlperiode hat Deutschland erstmals seit 1945 wieder einen Krieg mit verloren, dessen nachgeschobene Begründung in direktem Gegensatz dazu stand: Sollte doch ein weit entfernter Staat mit Gewalt dem herrschenden „deutschen“ Weltbild angepasst werden (neudeutsch: „nation building“). Die Herrschenden dieses Landes wähten sich in ihrer „Kultur“ wieder über anderen Völkern stehend, denen Barbarei mit Gewalt auszutreiben sei.

■ Krieg und Frieden in der Kommunalpolitik

Im Dezember 2019 hatte der Kreistag auf unseren Antrag den Landrat beauftragt, den Tag der Befreiung 2020 im Landkreis würdig vorzubereiten. (Dokument 5) Die im Jubiläumsmonat April 2020 geplante Veranstaltung wurde dann im Kreistag am 7. Oktober 2020 nachgeholt.

Nun zitieren auch LINKE in letzter Zeit Demoskopen, wonach die Friedensfrage nicht wahlentscheidend sei. Einmal davon abgesehen, dass die Friedensfrage zu wichtig ist, um sie mit der Elle von Wahlarithmetik zu messen: Die genannte Feststellung mag für die Wahl zwischen CDU, CSU, SPD, FDP, GRÜNEN oder AfD stimmen.

Für DIE LINKE ist die Glaubwürdigkeit in der Friedensbewegung lebenswichtig. Und auch Versuche, die soziale Frage gegen die Friedensfrage auszuspielen, sind mehr als nur fragwürdig.

Mit der 2021 wieder entfachten Diskussion, welchen „Einsätzen“ denn zustimmt werden könnte, ging ein Teil dieser Glaubwürdigkeit verloren. Schon der „Einzelfalldebatte“ in der PDS eingangs der 2000-Jahre folgte einstmals der Rauswurf aus dem Bundestag.

Karl Liebknecht schrieb am 2. Dezember 1914: *„Die deutsche Parole ‚Gegen den Zarismus‘ diene – ähnlich der jetzigen eng-*

lischen und französischen Parole ‚Gegen den Militarismus‘ – dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus ... hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein.“

Und einen Tag später an den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion: *„Die Ablehnung der Vorlage war nach meiner Überzeugung geboten durch das Parteiprogramm und die Beschlüsse der internationalen Kongresse. Ich bin verpflichtet, im Sinne des Parteiprogramms und dieser Beschlüsse zu wirken.“* Er war der einzige Sozialdemokrat im Reichstag, der das tat.

Nun sind die Taliban sind nicht der Zar und Afghanistan ist von Deutschland ziem-

lich weit entfernt. Die Muster, die Karl Liebknecht vor über 100 Jahren entlarvte, sind den heutigen aber mehr als nur ähnlich. Seine Position hat mich ein Leben lang begleitet und es erfüllt mich mit Genugtuung, dass die Schule in Frankfurt (Oder), an der ich vor 55 Jahren mein Abitur machte, noch immer seinen Namen trägt und unweit des historischen Schulgebäudes wird würdig an ihn erinnert:

„Furcht ist der schlechteste Ratgeber“.

Für andere ist der 8. Mai 1945 nicht der Tag der Befreiung, sondern Tag des Zusammenbruchs. 2021 gehört Deutschland nun wieder zu den Verlierern eines Krieges und die Wirkungen holen auch die Kommunalpolitik ein.

Flüchtlinge sind Botschafter des Krieges. Sie kommen in den letzten Monaten in



Graffiti an einer Trafostation in der Frankfurter Beckmannstraße, Foto: Dr. Artur Pech

stark wachsender Zahl auch über Oder und Neiße nach Deutschland.

Herrschende Politik und Medien machen den Präsidenten von Belarus dafür verantwortlich. Der erfüllt tatsächlich die Grenzsteherfunktion nicht (mehr), wie es der türkische Präsident gegen gute Bezahlung noch tut. Hinter solchen Grenzstehern konnte sich die EU bisher trefflich verstecken. Dass das nicht mehr funktioniert, begründet den Ärger über Belarus. Die EU bekommt den Spiegel vorgehalten und sieht nur sehr ungern ihr wahres Gesicht.

2011 schrieb Günter Grass: „*Es ist dringend nötig, dass sich in Europa Bürgerinnen und Bürger zusammentun, um auf einen ungeheuerlichen Skandal aufmerksam zu machen: das Tausendfache, von unseren Behörden und Regierungen weitgehend vertuschte, Massensterben an den Außengrenzen der Europäischen Union. Mit dem Abbau von Mauer und Stacheldraht im Innern hat sich die ‚Festung Europa‘ gegenüber ihren Nachbarregionen nur umso mehr abgeschottet. Die Wachtürme, die einst das Bild am ‚Eisernen Vorhang‘ prägten, sind nicht verschwunden, sondern nur um einige hundert Kilometer versetzt worden.*“

Die Menschen, denen es gelingt, diese Grenzen zu überwinden, kommen nach einigen hundert Kilometern an Oder und Neiße an. Und wieder werden in Eisenhüttenstadt Zelte aufgebaut, um Geflüchtete unterzubringen. Von den an der Grenze Aufgegriffenen nimmt Polen – wie *BILD* den Leiter der zentralen Erstaufnahme in

Eisenhüttenstadt zitierte – „nur etwa 20 Prozent“ zurück. Ein Fünftel wird also nach Polen abgeschoben. Davon ist sonst wenig zu hören. Dieses Schweigen fördert das Wohlbefinden derer, die sich selbstgefällig in der Europäischen Union eingerichtet haben.

Vor der Kommunalpolitik stehen damit drei Aufgaben:

- Es ist der Hohn zu entlarven, mit dem die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten bei allem geheuchelten Mitgefühl gegenüber sogenannten „Ortskräften“ den geflüchteten Menschen tatsächlich begegnen.
- Es ist die Beseitigung dieses staatlich organisierten Unrechts zu fordern.
- Und es ist in unseren Kommunen alles dafür zu tun, den Betroffenen ihr hartes Schicksal zu erleichtern.

Dafür gibt es auch im Landkreis Oder-Spree gute Beispiele. Da ordnen sich auch unsere Anträge zur Aufnahme Minderjähriger Geflüchteter und zur Finanzierung der Migrationssozialarbeit ein. (*Dokument 9*)

Mitte 2021 ging es besonders um das Problem der von der Landesregierung beabsichtigten Kürzungen im Bereich der Integration und der Migrationssozialarbeit. Damit befasste sich die Fraktion sehr intensiv. Wenn auch die beabsichtigten Kürzungen zurückgenommen wurden, sind die dabei gesammelten Informationen doch sehr aufschlussreich. Sie werden deshalb in diese Bilanz aufgenommen. (*Dokument 18*)

■ „Fachkräftemangel“ und Ausbeutung

Mit dem Problem der Migration beschäftigen wir uns schon länger. Ein Schlagwort ist der „Fachkräftemangel“, der durch die Anwerbung von Ausländern zu beheben

sei. Das ist eine moderne Form der Ausplünderung anderer Länder.

Abwerbung ist billiger, drückt hierzulande die Löhne und lässt sich mit der Frei-

zügigkeit auch noch libertär begründen. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen der Bereicherung eines Landes auf Kosten des anderen und der Bereicherung einer Klasse auf Kosten einer anderen im Lande. Wer nicht begreifen kann, wie ein Land sich auf Kosten des anderen bereichern kann, wird noch weniger begreifen, „*wie innerhalb eines Landes eine Klasse sich auf Kosten einer anderen bereichern kann.*“ (Karl Marx)

Einen Teil dieses Zusammenhangs hat der Präsident der Bundesärztekammer erfasst, wenn er feststellt, derzeit funktionierten hierzulande viele Krankenhäuser nur, weil Mediziner aus aller Welt nach Deutschland geholt würden, wodurch global betrachtet an anderen Stellen Versorgungslücken entstünden. Das sei nicht gerecht. (*junge Welt*, 2. 11. 2021 S. 1)

Ende Oktober berichtete das ZDF von der dramatischen Corona-Lage in Rumänien und rühmte die Hilfen der EU für das

Land. Was nicht berichtet wurde: Ein Drittel der rumänischen Ärztinnen und Ärzte arbeiten im Ausland. Allein in der Bundesrepublik sind es fast 5.000. Eine Übung zum Kopfrechnen: Wenn ein Medizinstudium in Deutschland mehr als 200.000 € kostet, wie viel hat dann die reiche Bundesrepublik Deutschland auf Kosten des armen Rumänien gespart?

Es ist schon ziemlich dreist, das als Er rungenschaft zu verkaufen. Mehr dazu steht in unserer Broschüre „Marx und Engels über Migration“. (*Dokument 10*)

Das Fachkräfteproblem und die Lohnfrage haben uns als Fraktion beschäftigt, weil der Landkreis Träger des Kreiskrankenhauses in Beeskow ist.

Nachdem mit der Umwandlung des Krankenhauses aus einem Eigenbetrieb in eine GmbH vor rund 15 Jahren eine Abkopplung der Bezahlung der Beschäftigten vom Tarif des öffentlichen Dienstes herbeigeführt wurde, hatte sich bis 2019 ein Zustand ergeben, mit dem sich die Beschäftigten nicht mehr abfinden konnten. Die Kreistagsfraktion war und ist mit ihnen solidarisch.

Wir haben den Beschäftigten nicht nur unsere Solidarität bekundet. (*Dokument 6*) Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. PIRATEN hatte der Kreistag am 4. Dezember 2019 bei elf Gegenstimmen und fünf Enthaltungen beschlossen, kurzfristig eine Annäherung und mittelfristig eine Angleichung an den entsprechenden Tarif des öffentlichen Dienstes anzustreben.

Dazu hat es im Kreistag gereicht. Nicht mehr gereicht hat es zur Festlegung eines konkreten Termins.

Eine deutliche Lohnerhöhung hat die Lage etwas entschärft. Sofort nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes zu bezahlen, würde das Krankenhaus aber defizitär machen und ständige Zuschüsse aus dem



Kreishaushalt verlangen. Das zu ändern braucht eine Veränderung des Systems der Krankenhausfinanzierung, wie das mittlerweile auch Ärztevereinigungen fordern – und bundesweiten Druck. Früher hätte man gesagt: Klassenkampf.

Wir haben uns mit dem Krankenhaus beschäftigt, weil der Landkreis dort Eigentümer ist. Aber was wissen wir eigentlich von den entsprechenden Auseinandersetzungen im Sana-Krankenhaus in Woltersdorf, bei Goodyear Dunlop in Fürstenwalde oder bei LinPac in Beeskow? Da gab es viele hundert Euro im Monat weniger Lohn für die gleiche Arbeit wie in Be-

■ Öffentlicher Personennahverkehr

Mit dem Nahverkehrsplan wurden die Weichen bis zum Ende der 2020er Jahre gestellt. Deshalb hatten wir beantragt, die Rekommunalisierung des Busverkehrs zu prüfen. Aber das war für eine Mehrheit im Kreistag unerträglich. Sie will das nicht



Foto: Dr. Artur Pach

triebsstätten dieser Unternehmen im Westen. Sind wir da noch Ansprechpartner, geben Unterstützung und stellen wir so unsere Ostkompetenz unter Beweis?

Wir hatten den DGB in die Fraktion eingeladen, um darüber zu reden. Aber wenn es um mehr geht, als um die kommunalen Unternehmen ist die Partei gefragt. Wenn wir die tatsächlichen Probleme der – wie es im Neusprech heißt – „lohnabhängig Beschäftigten“ nicht einmal kennen, dann dürfen wir uns nicht wundern, dass sie sich für uns nicht interessieren und uns auch nicht wählen.

einmal prüfen. Über Verhandlungen im Kreistag ist da nichts mehr zu machen. Änderung braucht Druck aus der Gesellschaft.

Ein besonderes Problem ist der Schülerverkehr. Die Platzkapazitäten in den Schulbussen reichen nicht aus, in der Pandemie werden Mindestabstände nicht eingehalten und den Schülerinnen und Schülern können nach diesem Plan auch noch bis zu knapp fünf Stunden am Tag für den Schulweg zugemutet werden. Unsere Anträge zu Veränderungen wurden von einer Mehrheit des Kreistages abgelehnt. Auch hier gilt: Ohne spürbaren Druck aus der Gesellschaft lässt sich im Sitzungssaal wenig ausrichten. (Dokument 14)

■ Die Afrikanische Schweinepest

In der öffentlichen Wahrnehmung tritt die Afrikanische Schweinepest hinter die Corona-Pandemie zurück. Sie bedroht dennoch die Existenz nicht weniger Menschen im Landkreis.

Der Kreistag hatte dazu bereits im Dezember 2020 einen gemeinsamen Antrag unserer Fraktion und der Fraktion FDP/BJA/BVFO mit Forderungen an die Bundes- und Landespolitik angenommen.

Der politische Umgang mit der Afrikanischen Schweinepest ist schon für sich gesehen eine Schweinerei. Und dass die Bundesregierung jüngst einen „Schweinegipfel“ veranstaltete, zu dem die unmittelbar betroffenen ostdeutschen Bundesländer nicht einmal eingeladen wurden, setzt dem Ganzen die Krone auf.

So sieht es aus, wenn Ostdeutsche selbst im Angesicht der Jubelfeiern zum 3. Oktober 2021 der westdeutschen Schweine-

wirtschaft geopfert werden. (Das ist keine unflätige Beschimpfung, sondern die Beschreibung des Sachverhalts.) Es ist einer Politik der Kampf anzusagen, in der die Bauern in unserer Region zum Opfer der Wahrung der Interessen von Großbetrieben weiter westlich werden. Auch das ist eine Frage der Ostkompetenz. Zu danken ist in diesem Zusammenhang Thomas Domres in unserer Landtagsfraktion, der sich in dieser Sache tatkräftig engagiert.

■ Tesla

Mit Tesla entsteht in Grünheide eine kapitalistische Fabrik. Die dreht sich um Profit. Daran ist nichts schönzureden. Auch die Fabrik in Grünheide wird für Profit gebaut, nicht für die Umwelt. Das ist unter den gegebenen Umständen aber bei so ziemlich jeder Fabrik so und kein Argument dafür, an der Verwandlung der DDR in eine entindustrialisierte Zone festzuhalten. (Dokument 7)

Was die Genehmigungsverfahren für die Fabrik angeht fordern wir die Einhaltung der einschlägigen Rechtsvorschriften. Das bewegt viele Menschen, ist aber im engeren Sinne kein Thema der Kommunalpolitik.

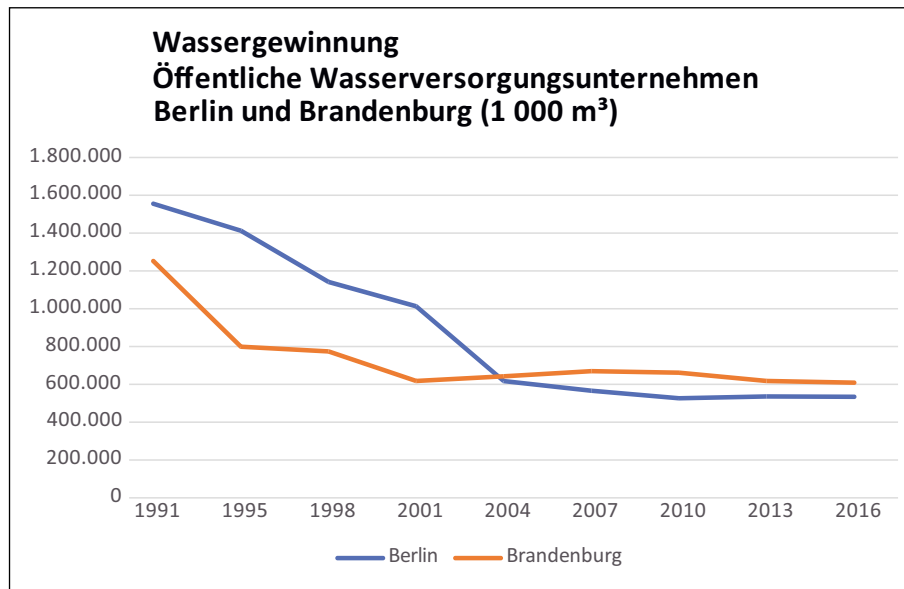
Die eifersüchtige Verteidigung von Zuständigkeiten allerdings schon. Und die hatten wir in jüngster Zeit zur Genüge zu verzeichnen. Das muss sich ändern, denn Problemlösungen erfordern das Zusammenwirken über Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen hinweg.

Am BER ist gerade eine Skandalgeschichte zu Ende gegangen. Da hatte der zuständige Landrat vor Jahren die Eröffnung nicht genehmigt. Vielleicht hat das Land ja deshalb das Genehmigungsverfahren für Tesla bei einem – es ist kaum zu glauben – deutlich geringeren Investitionsvolumen an sich gezogen.

Jetzt verteidigen überforderte kleine Institutionen ihren Beritt. Die einen sehen keine Möglichkeit, das Wasser bereitzustellen und zu reinigen, die anderen können oder wollen die erforderlichen Straßen nicht bauen.

Ich sehe das so: Wo das Genehmigungsverfahren „nach oben“ gezogen wird, da darf eine Stadtgrenze nicht trennender wirken, als früher eine Staatsgrenze. Selbst zwischen der DDR und Westberlin floss Wasser in Leitungen verschiedenster Art.

Dem Kreistag liegt jetzt ein Sachstandsbericht über die bisherigen Ergebnisse vor. Unter anderem hatte der Kreistag auf unseren Antrag den Landrat beauftragt, „gegenüber den Aufgabenträgern die Forderung nach der zügigen Umsetzung der Entlastung der Gemeinde Neu Zittau und der Stadt Erkner vom Durchgangsverkehr zu bekräftigen“. Das hat er getan. Danach musste er uns mitteilen, dass der Landesbetrieb Straßenwesen derzeit entsprechende Maßnahmen nicht plant. Unsere Fraktion hat daher beantragt, dass der Kreistag den Ministerpräsidenten und die Landesregierung auffordert dafür eine politische Entscheidung zu treffen. Der Kreistag hat das im September beschlossen.



Auch bei Tesla werden aus den vielen Informationen jene ausgewählt, die die jeweils eigene Position zu begründen scheinen. Andere werden ausgeblendet.

So sind beim Wasser auch die Folgen der Zerschlagung der DDR-Industrie und der Erhöhung der Wasserpreise seit 1990 zu berücksichtigen. Danach ging der Wasserverbrauch in Berlin-Brandenburg auf weniger als die Hälfte des Verbrauchs von

1991 zurück. 2016 wurden in der Region rund 1,3 Mrd. m³ Wasser weniger gewonnen als 1991. Der Bedarf von Tesla bewegt sich im einstelligen Prozentbereich dieser Einsparung. Das stand schon vor Tesla in Statistiken. Ich will hier nicht als Hydrologe oder als Meteorologe diletieren. Aber es ist schon zu wünschen, dass solche Fakten nicht ignoriert werden.

■ Corona

Der Zusammenhang zwischen dem profitgeleiteten Umgang der Europäischen Union mit der Corona-Pandemie und einer auch in der LINKEN hochschwappenden Diskussionen über „mehr Europa“ gab den Anlass für eine Extra-Ausgabe unseres Infoblattes. (Dokument 16)

Denn wer vom Landrat Impfzentren forderte, der sollte wissen: Über die Einrichtung von Impfzentren entschied die

Landesregierung. Den Impfstoff wiederum bezog das Land vom Bund. Und die Bundesregierung hatte sich zur Beschaffung an die Europäische Kommission angedockt. Selbst wenn anderswo Impfstoffe vergammelten, der Landkreis konnte für sich nur darum betteln.

„Mehr Europa“ war auch in diesem Falle nicht Teil der Lösung, sondern ein Teil des Problems. Das ist noch heute am Bei-

spiel der Zulassung, der Nicht-Zulassung oder der Verschleppung der Zulassung von Impfstoffen der „falschen“ Hersteller zu berücksichtigen. Schon 2003 sah ich in Havanna eine Weltkarte mit den Ländern, an die ein in Cuba entwickelter Impfstoff gegen Hepatitis 2 geliefert wurde. Da war die EU ein „weißer Fleck“.

Für diese Art Profitsicherung gilt das Tuscholsky-Wort: „Die Forderung ist noch nicht verkündet, die ein deutscher Professor uns nicht begründet“. Auf diesem Niveau bewegen sich auch die Vorstellungen, eine unter den gegebenen Bedingungen zwangsläufig imperialistische „Republik Europa“ sei die Lösung herangereifter Probleme.

■ Sozialpolitik

1. Die „Wohnkostenlücke“

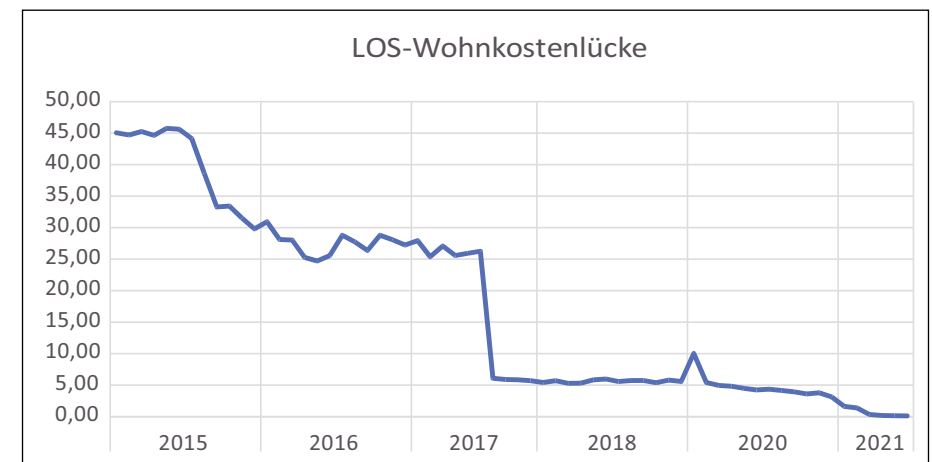
Die „Wohnkostenlücke“ – das ist die Differenz zwischen den tatsächlichen und den anerkannten Kosten der Unterkunft, auf der von Hartz-IV-Betroffene sitzenbleiben.

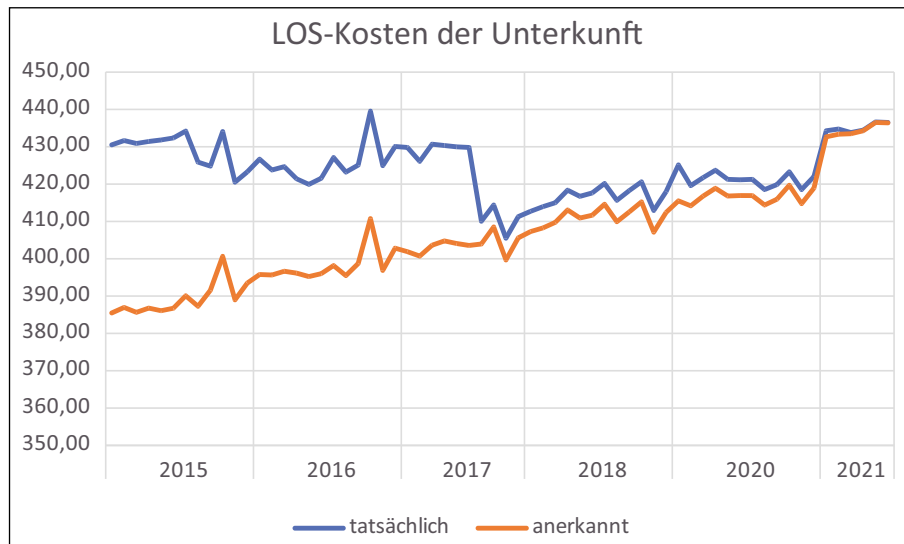
Unsere Fraktion hatte 2015 und 2017 mit zwei Auflagen einer Broschüre über die Kosten der Unterkunft im Landkreis in diesen Prozess eingegriffen, in den Folgejahren nicht locker gelassen und darüber auch regelmäßig im Widerspruch berichtet. Im Jahr 2021 ging die „Wohnkostenlücke“ durch die Medien. Das war für uns Anlass, diesem Problem erneut nachzugehen.

2015 war der Landkreis mit einer statistischen Wohnkostenlücke pro „Bedarfsge-

meinschaft“ von monatlich rund 45 € negativer Spitzenreiter im Land Brandenburg. 2021 ist es in LOS laut amtlicher Statistik weniger als ein Euro, der Landesdurchschnitt beträgt rund 6 €, der Bundesdurchschnitt rund 14 €. Wir haben also etwas gekonnt. Solche Ergebnisse motivieren, gerade weil ich auch die ziemlich niederträchtige Frage nicht vergessen kann, warum ich mich um Leute kümmere, die uns doch sowieso nicht wählen.

Aber auch hier gibt es viel Wasser im Wein. Denn mindestens zum Teil wirken hier „Wunder“ der Statistik. Dazu ein Wort mehr, weil das über die Jahre viel mit dem Wirken der Fraktion zu tun hat.





(Eigene Berechnungen nach der von der Arbeitsagentur veröffentlichten amtlichen Statistik)

Auf den ersten Blick verdeutlichen die amtlichen Statistiken frappierende Zusammenhänge. „Zufall“ oder nicht – nach der Veröffentlichung unserer Broschüren 2015 und 2017 hat sich die statistische „Wohnkostenlücke“ im Landkreis drastisch verringert.

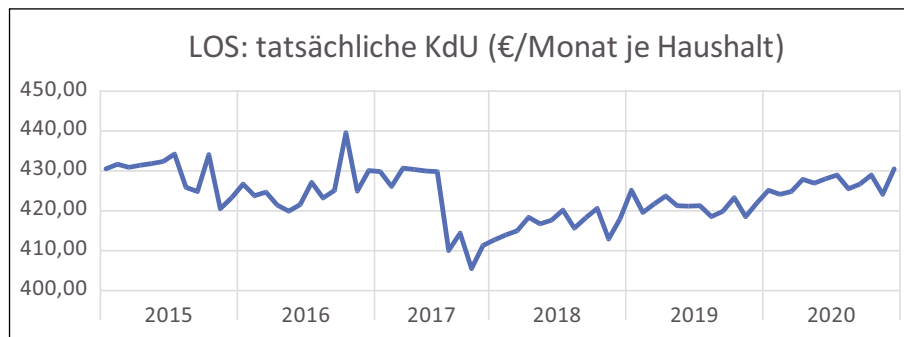
Im Ergebnis gab es eine deutliche Annäherung der anerkannten an die tatsächlichen Kosten der Unterkunft.

Nun sind diese Kurven das Ergebnis der Berechnungen der Differenzen zwischen

den sogenannten „tatsächlichen“ und den „anerkannten“ Kosten der Unterkunft.

Detaillierter sind der amtlichen Statistik Angaben über die „Wohnkosten“ (also die Kaltmiete), die Betriebskosten und die Heizkosten zu entnehmen.

Ein Blick auf die Entwicklung der ausgewiesenen „tatsächlichen“ Kosten der Unterkunft: (also der Summe aus Kaltmiete, Betriebs- und Heizkosten) weckt arge Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Statistik.



Wer dieser Kurve glaubt, müsste zu der Auffassung kommen, im Landkreis Oder-Spree hätten sich die tatsächlichen Kosten von einem Höchstwert im Jahre 2016 bis zu einem Tiefstwert im Jahre 2017 so stark verringert, dass sie erst zum Ende des Jahres 2020 wieder das Niveau von 2016/17 erreichten.

Ohne sich in Vermutungen zu ergehen: Das ist völlig unglaublich, insbesondere auch, weil sich dieser Rückgang aus rückläufigen Kaltmieten erklären soll.

Die zu würdigende weitgehende Verringerung der Differenz zwischen den tatsächlichen und den anerkannten Kosten der Unterkunft im Landkreis erklärt sich mathematisch damit teilweise aus der Verringerung der tatsächlichen Kosten. Das mag glauben, wer will. Nicht an der Erstellung der Statistik Beteiligten fehlt jedoch die Möglichkeit, dem Problem auf den Grund zu gehen.

Die Antwort der Verwaltung auf eine entsprechende Anfrage wird deshalb beigefügt. (Dokument 17)

Positiv zu vermerken ist dennoch die Entwicklung der anerkannten Kosten der Unterkunft. Deren Steigerung hat tatsächlich zu einem Abbau der Wohnkostenlücke im Landkreis beigetragen in sich in der Geldbörse der betroffenen bemerkbar gemacht.

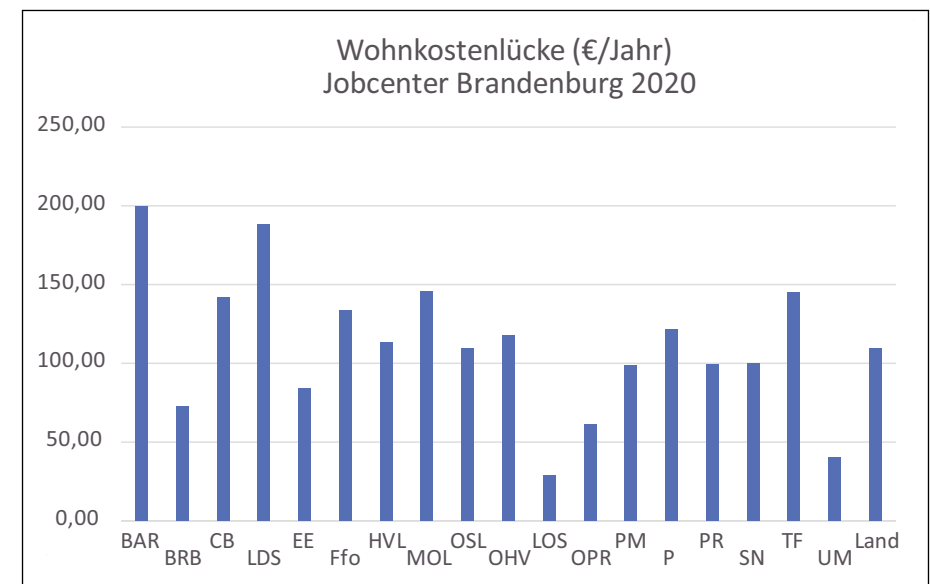
Bei allen Mängeln machen Statistiken den Zusammenhang von Kommunalpolitik und dem Vollzug des SGB II auch in den Landkreisen des Landes Brandenburg deutlich.

Das verdeutlicht ein Blick auf die unterschiedliche Größe der „Wohnkostenlücke“ im Land Brandenburg.

Die größte „Lücke“ zwischen anerkannten und tatsächlichen Kosten war im Jahr 2020 im Barnim zu verzeichnen (199 €).

In der daneben liegenden Uckermark waren es 2020 dagegen nur 40 €.

Wohl gemerkt: Diese Unterschiede erklären sich nicht aus der Höhe der tatsächlichen Kosten. Sie werfen vielmehr die Frage



auf, warum die zuständigen kommunalen Behörden die „Angemessenheit“ der Kosten der Unterkunft so unterschiedlich beurteilen und welche Werte sie für die Erstellung der amtlichen Statistiken zuliefern.

Hier ist ein deutliches Engagement verantwortungsbewusster und sozialer Kommunalpolitik erforderlich.

Diese Zusammenhänge liegen freilich nicht auf der Hand. Wir sind darauf gekommen, weil wir nach Erklärungen für die Entwicklung im Landkreis Oder-Spree gesucht haben.

2. Armut im Landkreis

Die in der Natur des Kapitalismus wurzelnde Armut kann mit Mitteln der Kommunalpolitik nicht überwunden werden. Wir sehen uns jedoch in der Pflicht, mit kommunalen Mitteln die Folgen der Armut für Betroffene zu lindern.

Zum Oktober-Kreistag 2020 hatten wir den Antrag eingebracht, den Landrat mit der Erstellung eines Armutsberichts für den Landkreis zu beauftragen.

Dieser Bericht soll mindestens enthalten:

- Angaben über die Armutsgefährdung
- Angaben über Kinder- und Altersarmut
- Angaben über die Obdachlosigkeit/ Wohnungslosigkeit im Landkreis
- Angaben über die Armutsmilderung durch die Arbeit der Tafeln
- Angaben sowie über die in den genannten Bereichen ergriffenen Maßnahmen.

Ein Grund für diesen Antrag war auch die in der Folge der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie wachsende Armutsgefährdung im Landkreis. (Dokument 11)

Als im März 2020 der erste „Lockdown“ zuschlug erhöhte sich nach der amtlichen Statistik die Zahl der Regelleistungsberechtigten für die Grundsicherung im Landkreis binnen Monatsfrist um 518 Personen. Nach der gleichen Statistik gelten über 90 Prozent der damals 11.557 Regelleistungsberechtigten als arm. Es ist ein Skandal, dass sich der Kreistag der Einsicht in diese Folgen der Corona-Krise verweigerte und den Antrag ablehnte. Diese Ignoranz muss den Widerstand nicht nur der Betroffenen herausfordern. Die Linksfraktion im Kreistag steht an ihrer Seite.

Die Schuldnerberatung ist eine gesetzlich festgelegte Pflichtaufgabe des Landkreises. Mit dem Haushalt für das Jahr 2020 wurde die Finanzierung der Schuldnerberatung reduziert. Zu den Auswirkungen der Corona-Krise gehören auch wachsende Anforderungen an die Schuldnerberatung. (Dokument 11)

Die Finanzierung der Schuldnerberatung kann unter diesen Umständen nicht als Fortschreibung der Entwicklungen der letzten Jahre gestaltet oder von der Höhe der Zuwendungen abhängig gemacht werden, die der Landkreis von Dritten erhält. Der Kreistag beschloss unseren Antrag und beauftragte den Landrat, mit dem Haushalt 2021 die Finanzierung der Schuldnerberatung wieder in der Höhe des Haushaltsansatzes für das Jahr 2019 zu gewährleisten und damit die Kürzung im Jahr 2020 rückgängig zu machen. Auch mit Blick auf die Folgen der Corona-Krise wird sich diese Frage für die kommenden Jahre erneut stellen.

■ Der Investitionsfonds des Landkreises

Auf Antrag der Fraktionen – ohne AfD – hat der Kreistag am 29. September 2021 mit nur einer Gegenstimme und bei einer Enthaltung beschlossen, den Kreisstrukturfonds von 1 Mio. Euro auf mind. 2 Mio. Euro bis zu 3 Mio. Euro zu erhöhen. Damit soll den finanziell unter Druck stehenden Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, Förderprogramme der EU, des Bundes und des Landes zu nutzen, in denen in der Regel von den Kommunen gefordert wird, durchaus nennenswerte Eigenanteile aufzubringen, über die finanzschwache Kommunen aber nicht verfügen.

Zur Begründung wurde im Kreistag ausgeführt:

„Der Landkreis Oder-Spree ist mit Ende des Haushaltsjahres 2021 schuldenfrei.“

Die Auswirkung der Pandemie für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 werden auch für den Kreishaushalt spürbar sein, deshalb ist eine konservative Planung durch die Verwaltung angeraten.

Da der Landkreis aber über ausreichende finanzielle Mittel, wie Rücklagen/ Über-

schüsse verfügt, kann er diesen Zeitraum unbeschadet überstehen.

Anders dagegen die kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Ämter, für die dieser Zeitraum mit erheblichen Einschränkungen verbunden sein wird.

Deshalb ist für sie eine finanzielle Unterstützung für die weitere Entwicklung unabdingbar und zugleich ein wichtiges politisches Signal, dass der Landkreis sich mit seinen Kommunen solidarisiert.

Bereits in den Planungsdiskussionen zum Haushalt 2021 wurde seitens der Kreisverwaltung ausgeführt, dass die Kreisumlage konstant bei 36 Prozent bleibt.“

Auch wenn dieser Beschluss – wie erwähnt – vom Kreistag mit einer beeindruckenden Mehrheit gefasst wurde, sind die Widerstände dagegen unübersehbar. Es wird Teil der Auseinandersetzungen um den Kreishaushalt für das Jahr 2022 bleiben, die Verwirklichung dieses Beschlusses zu erreichen.

Zusammenfassend lässt sich für unsere Halbzeitbilanz feststellen:

Einige unserer Anträge hatten Erfolg, andere nicht. Um größere Wirkung zu erreichen, braucht es Druck aus der Gesellschaft. Daran muss die Fraktion auch künftig arbeiten. Das ist insbesondere mit Blick auf die sozialen Probleme im Landkreis erforderlich.

Denn auch wenn wir beispielsweise beim Übergang zum papierlosen Kreistag Erfolg hatten – wichtiger sind die Fragen der Armutsbekämpfung, des Schülerverkehrs, des bisher nur stiefmütterlich behan-

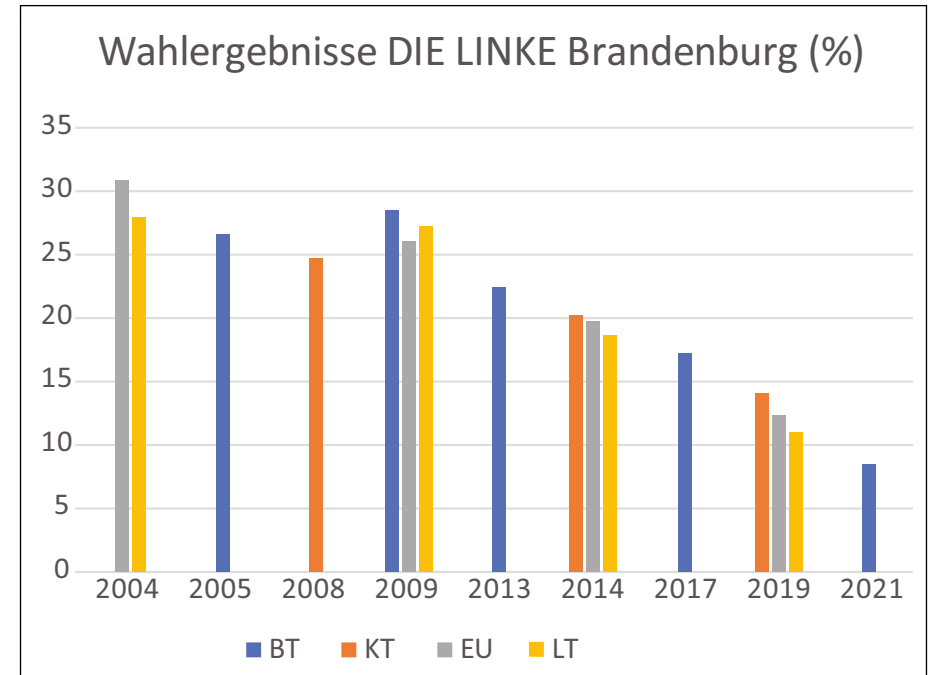
delten öffentlichen Personennahverkehrs vor allem in den berlinfernen Gebieten und der Entwicklung einer kommunalen Infrastruktur im Umfeld einer Industrieinvestition, die mindestens im Osten Deutschlands ihresgleichen sucht. Genug Arbeit also für die zweite Halbzeit.

Dr. Artur Pech,
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE-PIRATEN im Kreistag Oder-Spree

Dokumente

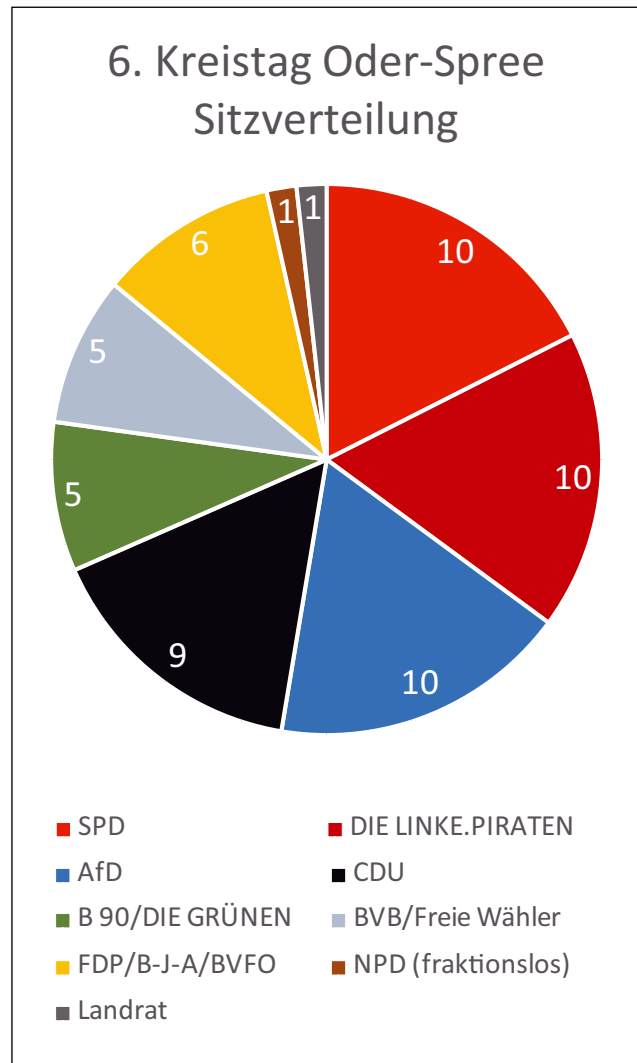
■ Dokument 1

Wahlergebnisse



Grafik: Dr. Artur Pech

■ Dokument 2

6. Kreistag Oder-Spree, 2019–2024

Grafik: Dr. Artur Pech

■ Dokument 3

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN und ihre Arbeitsbereiche**Mandatsträger**

Dr.-Ing. Astrid Böger
DIE LINKE
Beeskow

Fraktionsvorsitzende,
Mitglied in:
Kreis- u. Jugendhil-
feausschuss, UA Ju-
gendhilfeplanung, AG
Kreientwicklung



Bettina Lehmann
DIE LINKE
Heinersdorf

Mitglied in:
Wirtschafts- und
Kreientwicklungsausschuss,



Dr. Artur Pech
DIE LINKE
Schöneiche

Fraktionsvorsitzender,
Mitglied in:
Kreis- u. Finanzaus-
schuss,
AG Kreientwicklung



**Dr. (MISiS)
Jörg Mernitz**
DIE LINKE
Eisenhüttenstadt

Mitglied in:
Bauausschuss



Rita-Sybille Heinrich
DIE LINKE
Erkner

Vorsitzende Sozialaus-
schuss,
Mitglied in:
Bildungsausschuss
AG Kreientwicklung



Dr. Felix Mühlberg
PIRATEN
Schöneiche

Mitglied in:
Sozialausschuss



Dr. Bernd Stiller
DIE LINKE
Langewahl

Mitglied in:
Kreis- u. Bildungsaus-
schuss



Tobias Thieme
DIE LINKE
Grünheide

Mitglied in:
Werksausschuss für
Eigenbetrieb KWU



Garbiele Weitzel
DIE LINKE
Tauche

Mitglied in:
Wirtschafts-, Kreisent-
wicklungs- u. Finanz-
ausschuss



Stephan Wende
DIE LINKE
Fürstenwalde

Vorsitzender Jugend-
hilfeausschuss,
Mitglied in:
Bauausschuss, UA Ju-
gendhilfeplanung

(UA = Unterausschuss, AG = Arbeitsgruppe)

Sachkundige Einwohner der Fraktion

Peter Engert, Fürstenwalde
Andreas Grätsch, Rietz-Neuendorf
Dr. Tanja Jaksch, Schöneiche
Dr. Helmut Kell, Erkner

Klaus Meyer, Schöneiche
Harald Schwaeger, Müllrose
Beate Simmerl, Schöneiche

■ Dokument 4

Zum Sechsten ...

Zur Eröffnung des Kreistages Oder-Spree

(Quelle: *Widerspruch*, 7/2019, Seite 2)

Am 25. Juni 2019 konstituierte sich der Kreistag des Landkreises Oder-Spree für seine sechste Wahlperiode. Als „Alterspräsident“ hatte ich die Gelegenheit, vor dem Eintritt in die Tagesordnung einige grundlegende Entwicklungsprobleme des Landkreises zu benennen.

Besonders erfreulich ist, dass vor der Behandlung von Personalfragen unser Antrag zum Weltfriedenstag am 1. September 2019 – dem 80. Jahrestag des Überfalls auf Polen und des Beginns des zweiten Weltkrieges –

eine Mehrheit gefunden hat. Der Landkreis wird gemeinsam mit seinen polnischen Partnerkreisen dieses Tages gedenken und so unter Einbeziehung der Öffentlichkeit und der Kreistage ein Zeichen für die weitere Gestaltung einer guten Zusammenarbeit und gegen Geschichtsvergessenheit setzen.

Unsere Fraktion – das sind nach dem Beitritt von Felix Mühlberg (angetreten auf der Liste der PIRATEN-Partei unter dem Namen „DIE LINKE-PIRATEN“) 10 Abgeordnete des Kreistages.

Eröffnungsrede des „Alterspräsidenten“ Dr. Artur Pech

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute beginnt der sechste Kreistag des Landkreises Oder-Spree mit seiner Arbeit. Nach § 37 Abs. 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg obliegt die Leitung der konstituierenden Sitzung bis zur Wahl des Vorsitzenden dem an Lebensjahren ältesten, nicht verhinderten Mitglied des Kreistages.

Ich wurde am 7. August 1947 geboren und frage der guten Ordnung halber: Ist eine ältere Abgeordnete oder ein älterer Abgeordneter des Kreistages anwesend?

Bevor wir in die Erledigung der uns in verschiedenen Rechtsvorschriften vorgegebenen Aufgaben eintreten ist der Moment, das Augenmerk auf übergreifende Fragen richten.

Vor einem halben Jahr konnten wir den 25. Jahrestag der Gründung unseres Landkrei-

ses begehen. Da war Gelegenheit, sich an erfolgreiche und auch turbulente Abschnitte dieser für einen einzelnen Menschen langen Zeit zu erinnern.

Der Kreistag steht nun in der Verantwortung, sich mit weiterwirkenden Ereignissen der Geschichte und mit neu heran gereiften Fragen auseinander zu setzen und zeitgemäße Lösungen zu finden.

Im September vorigen Jahres hat der Kreistag erstmals bei unseren polnischen Nachbarn getagt. Damit wurde ein neuer Abschnitt der gutnachbarlichen Zusammenarbeit eingeleitet. Diese Entwicklung hat der neu gewählte Kreistag aufzunehmen und angemessen weiter zu führen.

Bei allen Einzelheiten, die uns da im Tagesgeschäft bewegen, dürfen wir nicht vergessen: Noch bevor dieser Kreistag zu seiner nächsten ordentlichen Tagung zusammentritt, wird sich am ersten September der deutsche Überfall auf Polen, der Beginn

des zweiten Weltkrieges, zum 80. Male jähren.

Ich denke, der Landkreis Oder-Spree sollte zu diesem Tag seine polnischen Partnerkreise zu einem gemeinsamen Gedenken einladen. Gerade angesichts aktueller Irritationen erscheint mir eine solche Geste der Verantwortung notwendig. Sie entspricht dem Satz, den sich Brecht für eine deutsche Hymne dachte: „*Und nicht über, und nicht unter andern Völkern wollen wir sein von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein.*“

Bei uns finden sich im Kleinen die Widersprüche, die in den letzten 30 Jahren im Osten Deutschlands herangereift sind.

Zu seiner Gründung 1993 hatte der Landkreis rund 188 Tausend Einwohner. 2017 waren es 10.000 weniger.

Die Zahl der in Eisenhüttenstadt lebenden Menschen hat sich in den letzten 30 Jahren etwa halbiert: von mehr als 53.000 auf rund 25.000.

Und während sich die Zahlen für Fürstentum oder Erkner nur geringfügig änderten, sind sie für Schöneiche um etwa die Hälfte gewachsen.

Daraus erwachsen Anforderungen an das, was im Bürokratendeutsch „Ausgleichsfunktion des Landkreises“ genannt wird und worüber der Kreistag ganz praktisch zu befinden hat. Das wird umso wichtiger, je mehr aktuelle Probleme die Sorgen der Menschen befeuern.

Wie sollen denn die Leute in Eisenhüttenstadt reagieren, die in drei Jahrzehnten eine Halbierung ihrer Stadt erlebt haben, wenn sie vor wenigen Monaten in den Medien die Auseinandersetzung um die mögliche Schließung des Stahlwerkes erleben mussten?

Wen anders sollen sie für diese Entwicklung anders verantwortlich machen als jene, die regieren und die politische Verantwortung tragen?

Der Kreistag kann in solche Prozesse nur sehr bedingt eingreifen. Aber Möglichkeiten hat er durchaus.

Das reicht von einer flächendeckenden medizinischen Versorgung über einen öffentlichen Personennahverkehr, der sich nicht auf die Schülerbeförderung reduziert, bis zu einer Struktur der staatlichen weiterführenden Schulen, die allen Kindern die für sie angemessene Bildung sichert und das Bildungsergebnis nicht zu einer Funktion des Einkommens der Eltern macht.

Und nicht zu vergessen: Nach vielen Jahren wirtschaftlicher Prosperität leben im Landkreis noch deutlich über 10.000 Menschen in Strukturen, die von Hartz-IV-Theoretikern „Bedarfsgemeinschaften“ genannt werden. Ihre Lebenslage wird wesentlich von der Arbeit des kreislichen Jobcenters geprägt. Ihnen sollte künftig auch in der Arbeit des Kreistages die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Es wird sicher im Kreistag auch künftig Auseinandersetzungen geben. Ich wünsche uns dafür einen kulturvollen Umgang miteinander und den nötigen Respekt vor den demokratischen Regeln.

Der Schriftsteller Maxim Gorki verbrachte in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts einige Zeit in Bad Saarow. Lassen Sie uns im Kreistag dafür arbeiten, dass sich die Menschen im Landkreis ohne Einschränkungen sein Wort zu eigen machen können: „*Das Herrlichste der Welt ist, einen neuen Tag zu sehen.*“

Dr. Artur Pech

■ Dokument 5

Für unsere und eure Freiheit

Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE und seine aktuelle Bedeutung

Quelle: *Widerspruch*, 9–10/2019, Seite 12

Zur konstituierenden Sitzung des Kreistages am 25. Juni 2019 hatte die Fraktion den Antrag „**Gemeinsam Gedenken – gemeinsam Handeln**“ eingebracht (*siehe Widerspruch 7/2019, Seite 2*). Es ging darum, aus Anlass des 1. September 2019, des 80. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen und des Beginns des zweiten Weltkrieges, die polnischen Partnerkreise zu einem gemeinsamen Gedenken einzuladen und damit ein Zeichen für die weitere Gestaltung einer guten Zusammenarbeit und gegen Geschichtsvergessenheit zu setzen.

Inzwischen sind dieser Jahrestag und auch die von uns initiierte Veranstaltung Geschichte. Und es hat sich gezeigt, dass dieses Datum und die damit verbundenen Ereignisse noch immer Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen sind. Auch kommunales Handeln, die Zusammenarbeit über

die Oder-Neiße-Grenze hinweg, findet in diesem Rahmen statt.

Allein mit Blick auf die polnischen Opfer deutscher Verbrechen verbietet sich jede Besserwisserei aus deutschem Munde. Aber der antikommunistische Grundkonsens, von dem ausgehend sich deutsche wie polnische Medien diesem Ereignis widmen, verlangt eine Entgegnung.

Seit 1972 gibt es im Berliner Friedrichshain ein von den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen errichtetes „Denkmal des polnischen Soldaten und deutschen Antifaschisten“. Da steht auf Polnisch: „Für unsere und eure Freiheit“. Und auf Deutsch: „Für Eure und unsere Freiheit“. Eingeweiht wurde es von einem deutschen Antifaschisten, der für seine konsequente Haltung zehn Jahre im Zuchthaus Brandenburg saß.



Daran ist zu erinnern, wenn heute über ein anderes Denkmal diskutiert wird. Und es ist zu widersprechen, wenn versucht wird, deutsche Verbrechen zu relativieren und den Vertrag zwischen der UdSSR und dem Nazireich vom August 1939 zum Dreh- und Angelpunkt des Beginns des zweiten Weltkrieges zu erklären. Dass passt zwar zu den aktuellen Bestrebungen, ein Feindbild Russland zu entwickeln, geht aber an der Wahrheit vorbei. Es ist eben nicht zu vergessen: Dem Vertrag von August 1939 ging das Münchner Abkommen voraus, von dem zunächst auch Polen auf Kosten der Tschechoslowakei profitierte.

Bleiben wir also bei der Wahrheit: An Oder und Neiße verläuft heute eine Gren-

ze, weil der deutsche Faschismus den zweiten Weltkrieg entfesselte. Dieser Krieg hat etwa sechs Millionen polnischer und 27 Millionen sowjetischer Menschen das Leben gekostet. Das sind die beiden Länder, die in diesem Krieg den höchsten Blutzoll zu entrichten hatten – Polen im Anteil der Opfer an der Gesamtbevölkerung, die Sowjetunion in der absoluten Zahl.

Daran ist zu denken, wenn wir heute nicht nur normale sondern auch gute Beziehungen in kommunaler Nachbarschaft über diese Grenze entwickeln.

**Gemeinsam Gedenken –
gemeinsam handeln!**

Dr. Artur Pech

■ Dokument 6

Solidarität und Unterstützung durch DIE LINKE

(Quelle: *Widerspruch*, 9–10/2019, Seite 8)

Warnstreik vor dem Oder-Spree Krankenhaus Beeskow am 3. September

Diese Information kann schon stutzig machen! Da werden Stipendien ausgelobt und auf Kreisebene Überlegungen angestellt, wie man Ärzte in die ländlichen Regionen bekommt. Und dann diese Nachricht!

Bei genauem Hinsehen sind es aber nicht die Ärzte, die streiken, sondern das „nichtärztliche Personal“. Also Mitarbeiter rund um die Pflege, das technische Personal und eben alle die, ohne die das Krankenhaus nicht läuft.

Was ist hier los?

Dr. Artur Pech (Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE-PIRATEN) lieferte aus der Vergangenheit wichtige Informationen, mit denen sich eine kleine Abordnung auf den Weg nach Beeskow zur Demonstration machte. Wir bekundeten unsere Solidarität und versicherten die Unterstützung unserer Kreistagsfraktion bei der Umsetzung der längst überfälligen Lohnanpassungen.

Zwei Tage nach unserem Wahldebakel bei der Landtagswahl war es nicht so angenehm, bei einer Demonstration das Megaphon in die Hand zu nehmen und zu den Mitarbeitern zu sprechen. Prompt kamen auch entsprechende Bemerkungen. Der anschließende Beifall aber zeigte, dass es sich lohnt, aufzustehen und Gesicht zu zeigen. Jetzt sind wir in der Pflicht, das Versprechen auch einzuhalten!

Unsere Fraktion hat einen Eilantrag in den Kreistag eingebracht (siehe Kasten), der die Rückführung der Oder-Spree Krankenhaus Beeskow GmbH in einen Eigenbetrieb des Landkreises beinhaltet.

Was soll das bewirken?

Die GmbH ist nicht an den Tarif des öffentlichen Dienstes gebunden, sondern konnte 2005/2006 mit einem Haustarif der finanziellen Schieflage des Hauses begegnen. DIE LINKE (damals PDS) stimmte der Umwandlung in die Geschäftsform „GmbH“, wobei die GmbH zu 100 Prozent dem Landkreis gehört, nicht zu. In den nun 13 Jahren hat sich ein extremes Lohngefälle aufgebaut, das den Mitarbeitern nicht mehr länger zuzumuten ist. Ein Drittel weniger in der Lohntüte zu haben, als in vergleichbaren Krankenhäusern in der Region gezahlt wird, kann nicht mehr hingenommen werden. Das letzte öffentlich bekannte Angebot sah eine zweiprozentige Erhöhung vor. Da reibt man sich schon mal die Augen und fragt sich: Was geht in den Köpfen der Verhandlungsführer vor?

Die Verhandlungen liefen bei Redaktionsschluss noch. Wir berichten weiter, versprochen!

*Rita-Sybille Heinrich,
Erkner, Mitglied des Kreistages Oder-Spree,
Fraktion DIE LINKE-PIRATEN*

■ Dokument 7

Tesla – gestalten statt verhindern

Auf jede Frage eine sachliche Antwort

Quelle: *Widerspruch*, 2/2020, Seiten 2–3

Die Überschrift ergab sich, als der Text schon fast fertig war, und ein Flugblatt (digital) ins Haus flatterte. Das Urheberrecht liegt also sozusagen bei Martin Hildebrandt aus Grünheide.

Die drei Worte trafen aber gut den Kern meiner Aussagen, die ich zu Tesla in Grünheide aufgeschrieben hatte. Bereits in der Kreistagssitzung am 4. Dezember stellte sich heraus, dass nicht allen politischen Kräften eine zukünftige Elektroauto-Fabrik in Grünheide passt. Besonders die Abgeordnete Hildegard Vera Kaethner (für die AFD) argumentierte mit Naturschutz und Erholungswert des Waldes.

Oder-Spree-Landrat Rolf Lindemann hatte zuvor informiert:

„Am 24. September wurde der Landrat durch den Wirtschaftsminister Professor Dr. Steinbach über das Interesse des Unternehmens Tesla an dem ursprünglich für die Ansiedlung des Automobilherstellers BMW planerisch vorbereiteten Grundstück in Nachbarschaft des Güterverkehrszentrums Freienbrink unterrichtet und zu der ersten vorbereitenden Gesprächsrunde eingeladen. Diese fand am 26. September im Wirtschaftsministerium unter Leitung des Wirtschaftsministers statt. An der Sitzung nahmen alle in ein mögliches Genehmigungsverfahren einzubeziehenden Ressorts auf der Landesebene, auf der Kommunalebene sowie die Wirtschaftsförderung Brandenburg teil.

In diesem Termin wurden wir mit der Vision einer Giga Factory nach dem Vorbild des Prototypen in Shanghai konfrontiert. Gleichzeitig wurde die Erwartung geäußert,

dass Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsphase sich an diesem Vorbild zu orientieren hätten und der Maßstab innerhalb Jahre bis zum Produktionsbeginn auch für die Brandenburger Fabrik der zeitliche Fluchtpunkt sein müsse.

Dies erscheint deshalb nicht ganz unrealistisch, weil das in Aussicht genommene Grundstück bereits einen B-Plan aufweist und wir damit sowohl was den planerischen Vorlauf als auch was die Eignung des Grundstücks im Hinblick auf seine Größe, seinen Zuschnitt und die Einbindung in die schießenseitige und straßenseitige Infrastruktur einen enormen Vorteil bietet.“

... und gemahnt:

„Um gerade die kritischen Stimmen, die aber bislang keine handfesten Gründe, warum sie dagegen sind, benennen konnten, einzufangen, sollten wir größtmögliche Transparenz, frühzeitige Information und den bürgerschaftlichen Einbezug in unserem Landkreis großschreiben.

Diese Anregung haben wir auch Tesla gegeben, denn niemand kann die von dem Unternehmen verfolgte Vision authentischer vermitteln als die Tesla-Leute selbst. Insofern wäre es zu begrüßen, dass Tesla in Grünheide, vor Ort also, möglichst frühzeitig präsent ist. Eine gewisse Gefahr sehe ich darin, dass auf Grund der bisher gebotenen Zurückhaltung unbedarfte Bürger den Verschwörungstheoretikern, die da gegenwärtig auch unterwegs sind, auf den Leim gehen, denn das trägt zur Gerüchtebildung bei, säht Misstrauen und schafft eine schlechte Stimmung vor Ort.

Die eigentliche Arbeit für uns fängt aber nach der Genehmigung erst an. Es gilt dann, die gegenwärtige unzureichende technische Infrastruktur eben auch an die neuen Bedarfe anzupassen. Das verlangt sicherlich Prognoseentscheidungen:

- Wie viele Mitarbeiter pendeln täglich ein und aus?
- Wie viele wohnen im Tagespendelbereich, im Kreisgebiet?
- Wo liegen die Hauptverkehrsachsen für diese Verkehrsströme?
- Welche Verkehrsträger (Bus, Bahn, Individualverkehr) können hier zum Einsatz kommen?
- Wo haben wir eine ganz unmittelbare Verantwortung wie etwa beim öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere bei den Busanbindungen, und ab wann müssen wir ein klar umrissenes Verkehrsangebot zur Verfügung stellen?

Wir haben verschiedene neuralgische Punkte in unserer Straßeninfrastruktur, die auch ohne Ansiedlung bereits manches Ärgernis mit sich bringen. Eine Überlastung ist insbesondere in Erkner zwischen den beiden Kreiselanlagen innerorts festzustellen. Wir benötigen dringend eine Umgehungsstraße für Neu Zittau. Eine Forderung von Seiten des Unternehmens ist auch, die Autobahnauffahrten und -abfahrten bedarfsgerecht auszugestalten.“

Einerseits gute Gedanken und Forderungen des Landrats, andererseits an mancher Stelle auch nur geäußerte Hoffnung. Und aus heutiger Sicht sollte vielleicht nicht nur Tesla, sondern auch die Landesregierung angesprochen werden, welche Vorstellungen zur Infrastrukturentwicklung in welchen Zeiträumen liegen denn da vor?

Ab 3. Januar konnte man die Antragsunterlagen, insbesondere auch die Materialien zur Umweltverträglichkeitsprüfung in den Rathäusern und im Internet nachlesen. Da

wurde durchaus klar, dass teils Schnelligkeit vor inhaltlicher Tiefe ging, nicht alles was da steht, ist ausgereift. Das kann ich insbesondere zum Punkt Klima und Windverhältnisse sagen. Aber es ist auch nicht so schlimm, das Projekt für unmöglich zu halten.

Und schließlich gab es einen sehr ausführlichen Bericht in den Abendnachrichten (Brandenburg aktuell 19.30 Uhr) am 12. Januar. Schlusskommentar: „Für die Demonstranten im Wald bei Grünheide war es heute erst der Anfang. Für die meisten hier steht fest. Sie wollen die Tesla-Fabrik verhindern.“

Dabei war nicht nur die AFD aktiv (mit Bild und Text Frau Kaethner), auch beispielsweise Nadine Rothmaier, Vorstand des Naturschutzbund-Kreisverbandes Fürstenwalde, äußerte sich eindeutig negativ: „Also hier ist auf jeden Fall der falsche Standort dafür ... es ist eine Autofabrik, die in eine ganz sensible Region gebracht werden soll ... und ja, wie gesagt, falsche Region, falscher Standort dafür.“

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, DIE LINKE in der Region und die Kreistagsfraktion Oder-Spree sollten sich eine gemeinsame Position erarbeiten und äußern.

Die nachfolgenden Stichpunkte sind kein abgestimmtes Papier, das sich nach Fraktionssitzung und -klausur ergab, sondern ein Stimmungsbild aus Einzeltelefonaten und vielen E-Mails untereinander. Auch stehen Beratungen – z. B. mit dem Naturschutzbund-Kreisverband Fürstenwalde – noch aus.

Zudem hat sich die Befürchtung des Landrats ja bestätigt, dass sich auch „Verschwörungstheoretiker“ an der öffentlichen Diskussion beteiligen (es gäbe keinen Zugang zu den Unterlagen – das ist falsch: Unterlagen sind im Internet zugänglich),

beliebt auch: Im Land Brandenburg geht sowieso alles schief und nichts wird fertig. Nur nebenbei: Das wäre doch eher ein Grund, hier mit vereinten Kräften ein Projekt zu stemmen.

Zu weiteren „Argumenten“, die einfach nicht stimmen: Da dürfen nicht einmal Windräder hin, meint im Fernsehen Frau Kaethner von der AFD. Quatsch. Das von Wirtschaftswald, weitgehend Kiefernforst, geprägte Gebiet war bereits im Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg als „Großflächig-industrieller Vorsorgestandort (GIV)“ aufgrund seiner Lagegunst ausgewiesen. Der Wald ist ein Industriegebiet gemäß § 30 BauGB. Das war demnach ein hartes Tabukriterium im Planverfahren zum Teilplan „Windenergienutzung“, bestätigt die Regionale Planungsstelle und erklärt: „Es wurde daher bei der Suche nach raumverträglichen Standorten zur Konzentration der Windenergienutzung im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 3 BauGB in Folge nicht mehr betrachtet als Potenzialfläche“. Von einem „naturbelas-

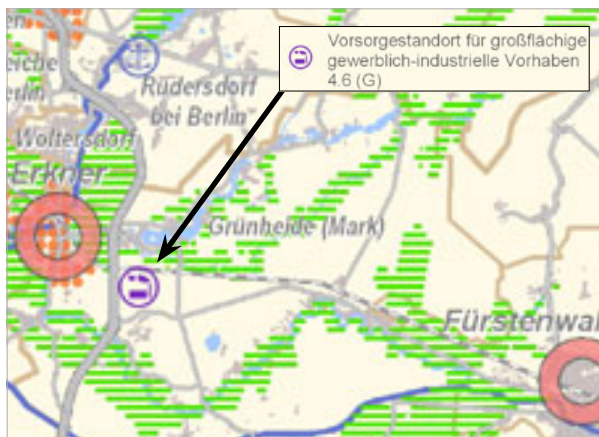
senem Gebiet“ kann also nicht im Entfernsten die Rede sein (Karte unten).

Ein anderer Bürger bemerkt, warum Wald, man kann doch die Freiflächen nehmen? Ja schön, da würden sich die Bauern freuen. Die Verteilung von „Freiflächen“ und Waldgebieten hat auch was mit den standörtlichen Ursachen (höhere Ackerzahlen einerseits für ackerbauliche Nutzung, Kiefernforsten auf armen Böden) zu tun.

DIE LINKE ist hier für Versachlichung und es gibt durchaus Fragen zum Wasserhaushalt, zum Energieverbrauch, zum Verkehr auf Straße und Schiene, zur Lärmbelastung, die wir uns auch stellen und die noch nicht befriedigend beantwortet sind.

Doch fangen wir ganz vorn an. Es geht um Elektro-Autos. Das macht wiederum verständlich, warum die AFD sich hier so reinhängt. Sie bestreitet den menschengemachten Klimawandel und kämpft für den Dieselmotor. Es geht weiterhin um einen Elon Musk, ein aus Südafrika stammender

kanadisch-US-amerikanischer Unternehmer, manche zählen ihn zu den umtriebigsten Unternehmern aus dem Silicon Valley. Na und? Viele von uns kaufen Bücher und anderes mit dem Online-Bezahldienst Paypal. Damit hat Musk Millionen verdient. Wir nutzen fast alle Software von Microsoft, also sozusagen von Bill Gates, auch er ist ein US-amerikanischer Unternehmer. Nicht alles, was die Vereinigten Staaten anbelangt, ist kritiklos. Das demnächst amerikanische Panzer entlang der A 12 gen Polen rol-



Ausschnitt der Festlegungskarte 1 des Landesentwicklungsplans Berlin-Brandenburg (LEP B-B), Quelle: <https://gl.berlin-brandenburg.de/landesplanung/landesentwicklungsplan-berlin-brandenburg-398167.php>

len, ist alarmierend. Aber doch nicht eine Elektroauto-Fabrik.

„Elon Musk baut Elektroautos nicht als gleichwertige Alternative zu Verbrennern, sondern aus Überzeugung. Er glaubt fest daran, dass die Menschheit nur mit einer radikalen Abkehr von fossilen Brennstoffen eine Zukunft hat. Aber anders als in vielen aktuellen Diskussionen ist sein Lösungsvorschlag nicht der große Verzicht und die Rückkehr in die Steinzeit. Elon Musk glaubt an Technologie“, schreibt das Handelsblatt.

Und so war auch in einem Kommentar zu lesen: „Leute: Tesla ist ein Geschenk für euch, eure Familien und eure Region :) Ich freue mich jedenfalls sehr darüber!“.

Natürlich kann man streiten, ob es in Zukunft wirklich hilfreich ist, wenn Elektroautos statt „Verbrenner“ in Berlin die Straßen verstopfen und Radfahrwege blockieren. Von Parkplätzen ganz zu schweigen. Die Mobilitätsprobleme der Zukunft müssen noch ganz anders gelöst werden. Aber der ÖPNV wird in zehn Jahren noch nicht anders sein, vielleicht hier und da eine Verbindung mehr.

Ja, man muss auch über die Arbeitsbedingungen bei Tesla reden, es gibt da viel Kritik. Über die Rohstoffe für die Batterien. Warum das Solardach der Fabrik nicht gleich kommt. Und wer die verrosteten Schienen in Ordnung bringt.

Die große Mehrheit der Fraktion DIE LINKE-PIRATEN im Kreistag Oder-Spree sieht in der Ansiedlung der „Giga-Factory“, die zunächst mit einer (Riesen-)Halle von vier möglichen Hallen beginnt, entsprechend wird auch zunächst weniger Wald gerodet, Vorteile und Chancen für einen Entwicklungsschub für die ganze Region, jedoch muss das umweltverträglich und bür-

gerfreundlich umgesetzt werden. Da gibt es keine Abstriche.

Oder noch klarer: Um Wohlstand in unserer Region zu erhalten und generell aufzubauen, ist es wichtig, neue innovative Wertschöpfungskreisläufe zu generieren. Und ein kreativer Unternehmer kann sicher positiven Einfluss haben. Allerdings natürlich nur, wenn die Rahmenbedingungen für alle akzeptabel sind.

Vielleicht lässt sich da auch der NABU-Kreisverband Fürstenwalde etwas von der ganz harten Ablehnung abbringen. Denn ursprünglich schrieb er: „Etwa 40 Prozent Brandenburgs sind mit Wald bedeckt, rund 1,1 Millionen Hektar. 70 Prozent davon sind monotone Kiefernforste. Solche Monokulturen sind anfälliger für die Massenvermehrung von Schädlingen und für Waldbrände. Der Umbau zu naturnahen, artenreichen Mischwäldern muss stärker als bisher vorangetrieben werden. Der NABU Brandenburg bringt sich dabei mit Sach- und Fachverstand ein“.

Nehmen wir auch hier Elon Musk und seine Versprechen zu Ersatzpflanzungen und Mischwäldern beim Wort. Wir wollen nicht verhindern, sondern den Prozess gestalten, für die Bürgerinnen und Bürger, für die nachfolgenden Generationen. Es ist eine Chance und viel Arbeit. Seit 30 Jahren wird (zu recht) über die Deindustrialisierung in Ostdeutschland geklagt, der Strukturwandel in der Lausitz steht sogar noch bevor. Somit ergibt sich die politische Verantwortung, den Wiederaufbau von Industrie, die zudem kein Atomkraftwerk, kein Braunkohlenloch, kein Stahlwerk ist, nicht gleich ablehnend zu begleiten. Gestalten statt verhindern, wie Martin Hildebrandt schrieb.

Dr. Bernd Stiller,
Langewahl, Mitglied des Kreistages Oder-Spree, Fraktion DIE LINKE-PIRATEN

■ Dokument 8

Farbe bekannt

Zum Kreistag im Februar 2020

Quelle: *Widerspruch*, 3/2020, Seiten 8–9

Gedenkminute



Dr. Eberhard Sradnick

Befreiung

Der politische Höhepunkt des Februar-Kreistages war für mich der gemeinsame Antrag von 6 Fraktionen, den 75. Jahrestag der Befreiung im Landkreis Oder-Spree in einer würdigen Form zu begehen. Dieser Antrag wurde mit sehr großer Mehrheit beschlossen. Im April wird es 75 Jahre her sein, dass das Feuer des Krieges den Ort erreichte, an dem es entfacht wurde und mit der Schlacht um Berlin auch durch die Städte und Gemeinden unseres Landkreises ging. Bei allen politischen Differenzen, die auch im Kreistag ausgetragen werden, ist die breite Mehrheit für die Würdigung der Befreiung ein hohes Gut.

Bei der Vorbereitung dieses Antrages im Kreisausschuss gab es zwei Besonderheiten. Die eine: Die Vertreter von 6 Fraktionen waren sich nach meiner Anfrage sehr

schnell einig, diesen Antrag gemeinsam einzubringen. Streit gab es unter den Mitgliedern des Kreisausschusses aus der siebten Fraktion. Da stand eine üble Tirade zur Relativierung faschistischer Verbrechen neben dem Stolz auf einen Vater, der als Soldat der Roten Armee den Weg von Moskau bis Berlin zurückgelegt hatte.

Vor diesem Hintergrund ist zu ergänzen: Auf unsere Anfrage zur Einbeziehung des Landkreises in das gegen Russland gerichtete Großmanöver „Defender 2020“ lautete die Antwort: Entsprechende Anfragen liegen der Kreisverwaltung (noch?) nicht vor. Ich kann mir allerdings schwer vorstellen, dass es dabei bleibt. Schließlich liegen wir sowohl mit der Autobahn als auch mit der Eisenbahn an einer zentralen Verkehrsachse Richtung Osten. Es gilt also wachsam zu bleiben.

Dauerbrenner ÖPNV

Die SPD-Fraktion hatte den Antrag eingebracht, die Mittel zur Finanzierung von Linien des Busverkehrs um 1 Mio. € zu erhöhen und – nach längerer Verzögerung – einen Nahverkehrsplan zu beauftragen.

Wir teilten das Grundanliegen und hatten darüber hinaus ursprünglich eine Reihe von Ergänzungsanträgen eingebracht. Da sich aber abzeichnete, dass die Beschlussfassung knapp werden könnte, haben wir unsere Änderungen (zunächst) zurückgezogen und den Antrag der SPD unterstützt. Am Ende wurde es nicht nur knapp, sondern der Antrag wurde abgelehnt. Nach dem dann gefassten Beschluss ist zunächst die Fertigstellung eines Planes

abzuwarten, bis dann auch Verbesserungen passieren können. Im Klartext heißt das: Im Jahr 2020 passiert erst einmal nichts. Das ist ein ziemlich zweifelhafter Erfolg, der in der Diskussion hauptsächlich von der Fraktion BVB und den GRÜNEN erstritten wurde. Sie holten sich ihre Mehrheit dann bei CDU und AfD.

Bis April wird nun der Kreishaushalt diskutiert. Da werden wir unsere konkreten Anträge zur Verbesserung des ÖPNV wieder einbringen.

Klimanotstand?

Nicht wenige Kommunen im Lande haben in der letzten Zeit einen „Klimanotstand“ ausgerufen. Wir haben diese Frage in der Fraktion diskutiert und sind zu dem Schluss gekommen: Konkrete Maßnahmen sind besser, als hauptsächlich plakative Aktionen. Daraus wurde dann unser Antrag zur *„Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien für Umwelt und Klima bei Investitions- und Beschaffungsentscheidungen des Kreistages“*.

Auch dieser Antrag wurde zunächst in den Ausschüssen beraten. Der Kreistag hat nunmehr beschlossen:

„Der Landkreis Oder-Spree Kreistag berücksichtigt ab sofort bei jeglichen Entscheidungen neben dem Preis deren ökologische, soziale und ökonomische Auswirkungen für die Region, auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit.“

Bei mehreren Lösungen wird diejenige priorisiert, die sich langfristig positiver auf eine nachhaltige Entwicklung, Klima-, Umwelt- und Artenschutz im Landkreises auswirkt.

Die zu berücksichtigenden Indikatoren sind transparent zu kommunizieren.

Zur Erfüllung dieses Beschlusses wird der Landrat beauftragt, einen Kriterienkata-

log zu Erarbeiten, der in den Ausschreibungen anzuwenden ist.“

Eine entsprechende Vorlage soll es dann zum Kreistag am 7. Oktober 2020 geben.

Dauerstau als Mittel zum grünen Zweck?

Bereits zum Dezember-Kreistag hatten wir einen Antrag eingebracht, der auf die Entschärfung der belastenden Verkehrssituation in Neu Zittau und Erkner zielte.

Ohne sich in den Einzelheiten der Bürokratie zu verlieren ist dazu festzustellen, dass der Landkreis in dieser Sache nur ein sehr begrenztes Mitspracherecht hat. Es geht schließlich um Bundesstraßen bzw. die Autobahn und um Landesstraßen. Im Dezember wurde der Antrag dann noch einmal in die Ausschüsse verwiesen und nach den Beratungen haben wir ihn in veränderter Fassung erneut eingebracht. Der Beschlusstext lautete nun:

„Der Landrat wird beauftragt, gegenüber den Aufgabenträgern die Forderung nach der zügigen Umsetzung der Entlastung der Gemeinde Neu-Zittau und der Stadt Erkner vom Durchgangsverkehr zu bekräftigen.“

In Aussicht stehende Industrieanschlüssen dürfen nicht zu einer weiteren Zuspitzung der bereits bestehenden unzumutbaren Belastungen für die Bevölkerung führen.“

Ich war – wie sich dann herausstellte – der irrigen Auffassung, gegen diesen Beschlusstext könne es kaum Einwände geben. Aber es gab sie. Die Einwendungen kamen von den Grünen. Ihr Argument: Mehr Angebote bringen mehr Verkehr. Das ist mindestens ein Kurzschluss. Ich denke nicht, dass die Leute ins Auto steigen, weil es Straßen gib. Nach dieser Logik werden die Menschen am Spreebord in Neu Zittau oder an der Friedrichstraße in Erkner zur Geisel „grüner“ Verkehrspolitik. Diese „Denke“ war Mitte der 90er Jahre in

Berlin Verkehrspolitik. Danach wurde mit möglichst vielen gleichzeitigen Baustellen möglichst viel Stau organisiert, damit die Leute auf den (meist nicht bedarfsgerecht vorhandenen) öffentlichen Verkehr umsteigen. Das hat schon in Berlin mit dem vergleichsweise gut ausgebauten ÖPNV nicht funktioniert. Wie erst bei uns, wo die Leute kaum oder keine Alternativen haben? Die Mehrheit des Kreistages sah das offenkundig auch so. Unser Antrag wurde nach 20 Minuten Diskussion mit großer Mehrheit beschlossen.

Am Rande bleibt anzumerken: Nicht wenige Gegnerinnen/Gegner hatten ganz of-

fenbar die zur Abstimmung im Kreistag stehende Fassung des Antrages nicht einmal gelesen. Ihre Argumentation bezog sich auch am 12. Februar noch auf die Ursprungsfassung von Dezember 2019.

In der Februar-Sitzung hat die Fraktion DIE LINKE/PIRATEN mit einer Reihe von aus meiner Sicht bedeutsamen Anträgen Erfolg gehabt. Für mehr Erfolg brauchen wir nun auch eine bessere Information der Menschen im Landkreis über das, was da im Kreistag so abgeht.

Dr. Artur Pech

■ Dokument 9

Der Corona-Kreistag

Quelle: *Widerspruch*, 6–7/2020, Seiten 10–11

Der Kreistag am 20. Mai 2020 stand schon äußerlich im Zeichen von Corona. Statt wie üblich im Atrium des Beeskower Landratsamtes trafen sich die Abgeordneten in der großen Halle des Feuerwehr- und Katastrophentechnischen Zentrums (FKTZ) in Fürstenwalde. Schließlich sollten die während der Pandemie geltenden Abstandregeln eingehalten werden.

Der ursprünglich für den 1. April geplante Kreistag war wegen der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Unwägbarkeiten nicht einberufen worden. Nun ging es darum, die wesentlichen Tagesordnungspunkte nachzuholen und auch herangereifte dringende Probleme zu behandeln.

Zunächst berichtete der Landrat ausführlich über die Pandemieentwicklung und über die Arbeit der Verwaltung in dieser Zeit.

Aber auch inhaltlich fiel dieser Kreistag aus dem Rahmen.

Befreiung

Angeregt durch den von unserer Fraktion im Dezember 2019 in den Kreistag eingebrachten Beschluss zur Würdigung des 75. Jahrestages der Befreiung sprach der Vorsitzende des Kreistages vor dem Eintritt in die Tagesordnung dazu. In der Rückschau vom Tag danach sind für mich dazu drei Dinge bemerkenswert:

Erstens ist anzuerkennen, dass der Vorsitzende des Kreistages sich dieses Themas auch angesichts des sehr bewegten Verlaufs der letzten Wochen angenommen hat. Das ist keine Nebensache. Ich kam auf dem Wege zum Kreistag in Fürstenwalde am Sowjetischen Ehrenmal in Schöneiche vorbei.



Foto: Dr. Artur Pech

Das sowjetische Ehrenmal in Schöneiche bei Berlin im Mai 2020

Da fiel mir etwas auf, was ich aus vorhergehenden Jahren nicht so in Erinnerung habe: Am 8. Mai legten Menschen aus Schöneiche deutlich mehr Blumen an diesem Ehrenmal nieder, als in den Vorjahren. Und anschließend kümmerten sie sich sorgsam um diese Blumen. So boten sie auch am 20. Mai noch ein beeindruckendes Bild. Das ist nicht nur ein anonymes Gedenken, denn am Obelisk sind auch viele Namen der an diesem Ort beigesetzten Sowjetsoldaten zu lesen.

Zweitens ist zu bemerken, dass der Vorsitzende des Kreistages sich in seiner Rede stark am Auftritt des Bundespräsidenten Steinmeier orientierte. Dessen Rede zu diesem Anlass war allerdings nach dem 8. Mai in einigen Aspekten wiederholt sehr berechtigt kritisiert worden (siehe Egon Krenz, Seite 2).

Drittens aber kam es am 20. Mai während des Kreistages in der Debatte über unseren Antrag zur Aufnahme minderjähriger Geflüchteter zu braunen Ausfällen, die die Berechtigung der Mahnung auch des Vorsitzenden des Kreistages zur Zurückweisung der Nazi-Ideologie in beklemmender Weise deutlich machten. Da spielten sich NPD und AfD in einer Weise die Bälle zu, dass einem schlecht werden musste.

Am Ende fand unser Antrag „Der Landkreis Oder-Spree erklärt gegenüber der Landesregierung Brandenburg, dass er bereit ist, minderjährige Geflüchtete aufzunehmen, die zur Zeit unter katastrophalen Bedingungen in überfüllten Lagern in Griechenland leben müssen“ in einer namentlichen Abstimmung eine Mehrheit von 38 Abgeordneten.

Dieser Beschluss ist gut. Der Weg dahin macht aber auch deutlich, in welcher Gefahr die Gesellschaft sich auch bei uns heute befindet.

Kinderbetreuung

Noch am Vortag des Kreistages hatte sich unsere Fraktion zu einem Dringlichkeitsantrag entschlossen. Danach sollte der Landrat beauftragt werden, gegenüber der Landesregierung eine Klärung der Rechts-situation für die Betreuung an den Kindertagesstätten einzufordern.

Der Kreistag unterstützt ein Herangehen, unter Berücksichtigung der Entwicklung der Coronainfektionen bis zum Ende des Monats Mai den Übergang zur Regelbetreuung in den Kindertagesstätten einzuleiten.

Sofern die von der Landesregierung gesetzten Rahmenbedingungen dies ermöglichen, wird der Landkreis bestehende Ermessensspielräume in diesem Sinne nutzen.

Nach der am 20. Mai 2020 veröffentlichten Statistik hat sich die Zahl der Infektio-

nen im Landkreis in den vorangegangenen sechs Tagen nicht mehr erhöht. Die Zahl der akut Erkrankten hat sich auf elf Personen verringert.

Zugleich ist es nach den gegenwärtigen Bestimmungen nicht möglich, die bestehenden Ansprüche auf Kinderbetreuung zu erfüllen. Die Rede ist von mehr als 200 Fällen im Landkreis, in denen ein Anspruch auf Betreuung nicht erfüllt werden kann.

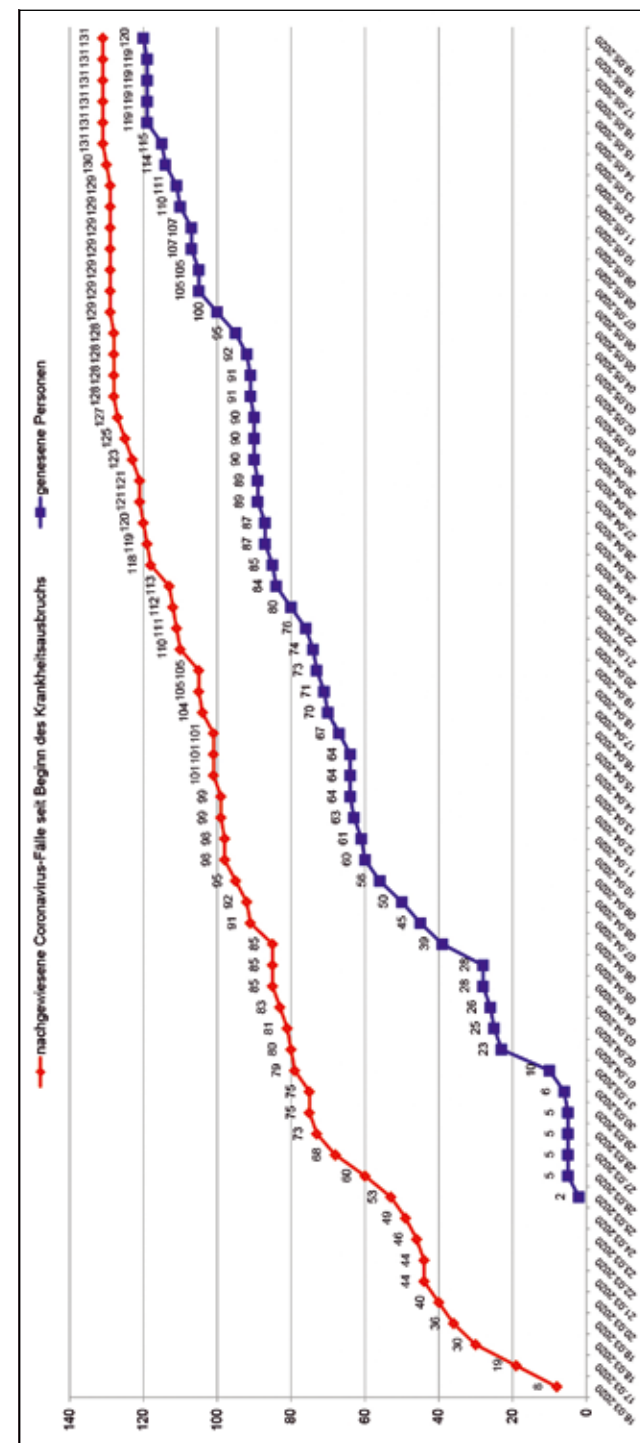
Nach einer am 19. Mai 2020 von der brandenburgischen Staatskanzlei veröffentlichten Pressemitteilung soll den Landkreisen nun in der kommenden Woche die Möglichkeit eingeräumt werden, zu entscheiden, wie weit sie eine „eingeschränkte Regelbetreuung“ im Hinblick auf verfügbare Betreuungskapazitäten aufnehmen können.

Der Begriff „eingeschränkte Regelbetreuung“ ist nicht definiert. Hier ist eine kurzfristige Klärung und Entscheidung erforderlich. Den betroffenen Eltern ist der gegenwärtige Zustand nicht länger zuzumuten. Das Land zieht sich so aus der Verantwortung und schiebt den Landkreisen den schwarzen Peter zu.

Auch dieser Antrag unserer Fraktion wurde vom Kreistag angenommen.

Kreishaushalt

Unter die Notwendigkeiten des preußischen Amtsschimmels ist die Beschlussfassung über den Kreishaushalt für das Jahr 2020 einzuordnen. Der wurde – so wie er vorlag – im Januar vom Landrat festgestellt und hatte am 1. April diskutiert werden sollen. Nachdem nun die neue Steuerschätzung veröffentlicht wurde und die drastischen Einbrüche der kommunalen Einnahmen auf der einen Seite und die Corona bedingten Mehrausgaben auf der anderen Seite zu Buche deutlich wurden, war dieser Haushalt bereits vor der Beschlussfassung



Corona-Ausbreitung im Landkreis Oder-Spree (Stand: 19. Mai 2020, 23:59 Uhr, Fallzahlendiagramm), Quelle: <https://www.landkreis-oder-spree.de/Service-Aktuelles/Aktuelles/Coronavirus/Update-der-Coronavirus-F&C3%44le-im-Landkreis.php?object=tx,2426.5.1&ModID=7&ID=2689.190&La=1&call=suche>

Makulatur. Er wurde dennoch verabschiedet, um dem Landrat eine rechtliche Grundlage für aktives Verwaltungshandeln zu geben. Ich habe jedoch bereits vor der Beschlussfassung deutlich gemacht, dass ein Nachtragshaushalt schnellstmöglich vorgelegt werden muss. Das ist zur Zeit noch nicht möglich, weil weder die Höhe der Einnahmeausfälle noch mögliche Hilfsmaßnahmen von Bund und Land an die Kommunen gegenwärtig in Zahlen gefasst werden können.

Im zweiten Halbjahr werden die sozialen Verwerfungen auch unseren Landkreis erreichen. Wer sich keine Illusionen macht, der muss sich eingestehen: Bisher wurden die Kosten der Krisen noch immer auf die „kleinen Leute“ abgewälzt.

Es erfordert Kampfkraft und einen engagierten Einsatz, dem entgegen zu treten. Wir sind dazu bereit.

Dr. Artur Pech

■ Dokument 10

„Marx und Engels über Migration“

Quelle: *Widerspruch*, 10/2020, Seite 5

Die Fraktion DIE LINKE-PIRATEN im Kreistag Oder-Spree hat im September 2020 eine Broschüre unter o. g. Titel herausgegeben. In deren Vorwort heißt es:

„Wir wurden durch eine Reihe ziemlich unterschiedlicher Entwicklungen veranlasst, uns gründlicher mit der Migration zu befassen.“

Da war im Jahre 2019 die Initiative eines im tiefsten Westen der Bundesrepublik Deutschland angesiedelten Landrates, ausländischen Beschäftigten das Kindergeld wegzunehmen. Die größte Gruppe der davon betroffenen Menschen kommt aus Polen und der Landkreis Oder-Spree liegt an der polnischen Grenze. Hier kommen nicht wenige Menschen täglich zur Arbeit über die Grenze. Wir sind und bleiben solidarisch mit ihnen, haben protestiert und der Kreistag hat sich auf unseren Antrag diesem Protest angeschlossen.

Dann kam ‚Corona‘ und die polnische Regierung beschloss Quarantäneregelungen, die etliche grenznahe Bereiche und nicht wenige Menschen schmerzhaft trafen. Durch die Medien gingen Meldungen über Gefahren für die Funktionsfähigkeit von Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen, weil Ärzte, Krankenschwestern und Pflegekräfte nicht wie gewohnt einpendeln konnten. Es stellte sich die Frage: Wie ist es zu erklären, dass die Bundesrepublik Deutschland mit – im Vergleich zu Polen – fast der doppelten Zahl von Ärzten pro Einwohner da in Probleme kommt?

Auf eine prekäre Weise stellte sich diese Frage im Landkreis Oder-Spree etwas anders – und das hing mit längerfristigen Entwicklungen in der Krankenhausfinanzierung

und den davon ausgehenden Wirkungen auf die Beschäftigten im Oder-Spree-Krankenhaus Beeskow zusammen.

Im Zuge der neoliberalen Veränderung der Krankenhausfinanzierung – der Einführung von Fallpauschalen – war vor 15 Jahren dieses bis dahin als kommunaler Eigenbetrieb geführte Krankenhaus in eine GmbH umgewandelt worden. Das Hauptziel dieser Umwandlung war die Abkopplung des Krankenhauses vom Tarif des öffentlichen Dienstes. Das erschloss die Möglichkeit, dieses Krankenhaus über „Haustarife“ finanziell auf Kosten der Beschäftigten zu sanieren. Als ich damals protestierte, wurde mir die Frage gestellt: Was wollen sie denn nun – wollen Sie das Krankenhaus erhalten oder wollen sie die Leute nach Tarif bezahlen? Das klingt mir heute noch in den Ohren:

Im Ergebnis war dann 2019 die Existenz des Krankenhauses tatsächlich gefährdet. Die Lohndifferenzen hatten ein solches Ausmaß angenommen, dass sie für die Beschäftigten auch weitaus längere Arbeitswege in andere Krankenhäuser rechtfertigten. So drohte der Existenz des Hauses letztlich wegen fehlender Pflegekräfte Gefahr. Deshalb musste es 2019 kurzfristig eine erhebliche Lohnerhöhung geben. Auch wegen des langjährigen Hinterherhinkens der Bezahlung dürfte Beeskow z. B. für polnische Arbeitskräfte weniger attraktiv und daher von den Folgen der Quarantäneregelungen 2020 weniger betroffen gewesen sein. Andere zahlen halt besser.

Damit stellt sich die Frage:

Gilt es für eine Krankenhausfinanzierung zu kämpfen, mit der eine ordentliche Gesundheitsversorgung der Bevölkerung mit

einer ordentlichen Bezahlung der Beschäftigten in den Krankenhäusern verbunden wird oder finden wir uns damit ab, den kapitalgemachten ‚Fachkräftemangel‘ zu beklagen und mittels weiterer Importe von Arbeitskräften die neoliberalen Ausrichtung des deutschen Gesundheitswesens zu erhalten und dafür ärmere Länder im Sinne des Wortes auszubluten?

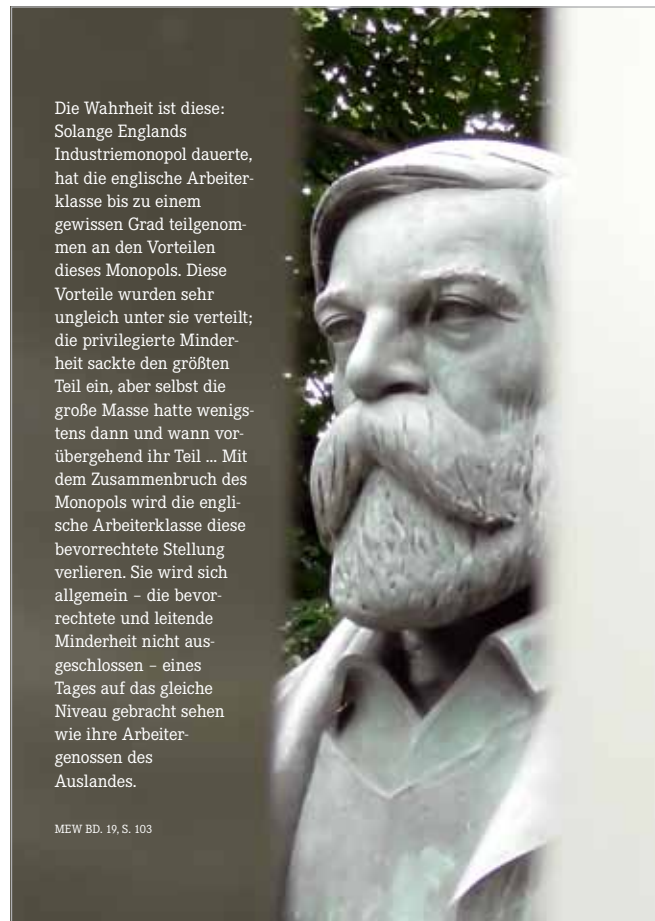
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – das ist eine richtige Forderung, aber damit ist es nicht getan. Wo die Arbeitskraft eine Ware ist, unterliegt auch sie den

Gesetzen der Preisbildung auf dem Warenmarkt. Damit haben wir auch in der Migrationsdebatte umzugehen und uns nicht an der interessengeleiteten Konstruktion einer ‚Win-win-Situation‘ zu beteiligen. Das hinter dieser Konstruktion stehende Interesse ist schnell beschrieben: Das (preisdrückende) Angebot der Ware Arbeitskraft soll erhöht werden, damit am Prinzip der Profitwirtschaft – bei den Krankenhäusern an der Verwandlung von Beiträgen für die Krankenkassen in Konzernprofite – nicht gerüttelt wird.

Die Abwerbung von medizinischem Personal aus Ländern mit weitaus schlechterer Gesundheitssystemen ist eine moderne Form der Ausplünderung. Um das festzustellen, muss man nicht Marxist sein. Ich bin da völlig bei Henning Mankell: ‚Überall in Europa werden Krankenschwestern aus Afrika beschäftigt, die in Afrika fehlen. Früher haben sich die Europäer in Afrika das Gold geholt, heute sind es die Krankenschwestern: Wir sind immer noch Räuber!‘“

Ich bin gerne bereit, in den Basisorganisationen oder in anderen Gremien innerhalb des Landkreises die Broschüre vorzustellen und über die Inhalte zu diskutieren.

Dr. Artur Pech



Die Wahrheit ist diese:
Solange Englands
Industriemonopol dauerte,
hat die englische Arbeiter-
klasse bis zu einem
gewissen Grad teilgenom-
men an den Vorteilen
dieses Monopols. Diese
Vorteile wurden sehr
ungleich unter sie verteilt;
die privilegierte Minder-
heit sackte den größten
Teil ein, aber selbst die
große Masse hatte wenig-
stens dann und wann vor-
übergehend ihr Teil ... Mit
dem Zusammenbruch des
Monopols wird die engli-
sche Arbeiterklasse diese
bevorrechtete Stellung
verlieren. Sie wird sich
allgemein – die bevor-
rechtete und leitende
Minderheit nicht aus-
geschlossen – eines
Tages auf das gleiche
Niveau gebracht sehen
wie ihre Arbeiter-
genossen des
Auslandes.

MEW BD. 19, S. 103

■ Dokument 11

7. Oktober – Kein Kreistag wie jeder andere

Quelle: *Widerspruch*, 11/2020, Seite 8

Am 7. Oktober 2020 fand sich der Kreistag eine Stunde früher als üblich im Schützenhaus Beeskow ein.

Am 4. Dezember 2019 hatte der Kreistag auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.Piraten den Vorsitzenden des Kreistages und den Landrat beauftragt, den 75. Jahrestag der Befreiung des heutigen Gebiets des Landkreises Oder-Spree in würdiger Form vorzubereiten und für den Kreistag im April 2020 einen entsprechenden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen. Dann konnte der April-Kreistag coronabedingt nicht stattfinden. Nun wurde diese Würdigung am 7. Oktober nachgeholt.

Auch wenn der Termin nicht vorsätzlich gewählt wurde, weckte er bei mir schon Assoziationen. Als ich Laufen und Denken lernte, war der „Tag der Befreiung“ in meinem Land ein Feiertag. Da war es noch viele Jahre hin, bis sich ein Präsident der Bundesrepublik Deutschland zum 8. Mai als Tag der Befreiung bekannte und damit in seinem Land einen Tabu brach.

Und heute lebe ich in einem Land, in dem ein geschichtsvergessener Bundespräsident zum 8. Mai den Namen „Rote Armee“ nicht über die Lippen bringt, in dem die Wiederbelebung alter Feindbilder zum politischen Alltagsgeschäft gehört. Um so bewegend war es, als polnische und deutsche Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Neuzelle die Geschichten ihrer Familien nachzeichneten – vom Leiden und Sterben in faschistischen Konzentrationslagern auf der einen und der Flucht vor den Folgen des Überfalls auf die Sowjetunion auf der anderen Seite.

Wer heute so eifrig an der Wiederbelebung alter Feindbilder werkelt, wer den Menschen einreden will, „Deutschland“ müsse wieder mehr militärische „Verantwortung übernehmen“, der sei an die Worte von Bert Brecht erinnert:

„Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.“

Nach dem Gedenken begann wieder der Alltag des Kreistages. Daran war unsere Fraktion mit vier Punkten beteiligt:

In Anfragen an den Landrat thematisierten wir Probleme der Verkehrsentwicklung in und um Grünheide als Teil der dortigen Industrieansiedlung, die ein erhebliches Anwachsen des Straßenverkehrs erwarten lässt und Probleme der Umsetzung des Digitalpaktes an den Schulen im Landkreis. Unsere Fragen betrafen:

- den Zugang der Schulen im Landkreis zum schnellen Internet;
- die Ausstattung der Schulen mit interaktiven Whiteboards und der Schülerinnen und Schüler im Landkreis mit den erforderlichen Endgeräten
- Maßnahmen zur Ausstattung bedürftiger Schüler*innen mit den erforderlichen Endgeräten und deren Ergebnisse;
- den Umfang der aus dem „Digitalpakt Schule“ für die Schulen des Landkreises zur Verfügung stehenden Mittel und deren Auslastung;
- die Qualifizierung der Lehrkräfte für den Einsatz digitaler Mittel organisiert

und welche Ergebnisse wurden bisher erreicht?

Soweit bekannt, wurden in diesem Zusammenhang umfangreiche Vergaben vorbereitet. Über die Ergebnisse können wir voraussichtlich im Dezember informieren.

Darüber hinaus hatte die Fraktion zwei Anträge eingebracht.

In einem Antrag ging es darum, den Landrat mit der Erstellung eines Armutsberichts im Landkreis zu beauftragen. Dieser Bericht soll mindestens enthalten:

- Angaben über die Armutsgefährdung;
- Angaben über Kinder- und Altersarmut
- Angaben über die Obdachlosigkeit/Wohnungslosigkeit im Landkreis
- Angaben über die Armutsmilderung durch die Arbeit der Tafeln im Landkreis
- sowie über die in den genannten Bereichen vom Landkreis ergriffenen Maßnahmen.

Das Indikatorenset des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung umfasst auch Indikatoren wie Überschuldung, Arbeitslosigkeit, Mindestsicherung, materielle Entbehrung, Wohnen, Gesundheit oder soziale Teilhabe, die auch in der Zuständigkeit des Landkreises zu bearbeiten sind. Ein zielgerichtetes und den Umständen entsprechendes Herangehen erfordert die in diesen Bereichen anstehenden Probleme zu erfassen und mit ihnen umzugehen.

Von besonderer Bedeutung ist, dass nach vorliegenden Presseberichten in den letzten Jahren Armutsgefährdung und Armut besonders im Osten angewachsen sind. Darum müssen, darum wollen wir uns

kümmern. Deshalb haben wir vorgeschlagen, diesen Antrag zunächst im Sozialausschuss zu beraten und im Dezember-Kreistag darüber zu beschließen.

Es war bekannt, dass im Oktober der Entwurf des Kreishaushalts für 2021 in den Kreistag eingebracht werden sollte. Der soll zunächst beraten und dann im Dezember beschlossen werden. Deshalb haben wir einen Antrag zur sicheren Finanzierung der Schuldnerberatung im Jahr 2021 eingebracht.

Die Schuldnerberatung ist eine gesetzlich festgelegte Pflichtaufgabe des Landkreises. Mit dem Haushalt für das Jahr 2020 wurde die Finanzierung der Schuldnerberatung reduziert. Die Auswirkungen der Corona-Krise lassen jedoch bereits jetzt einen deutlich größeren Bedarf erwarten. Die Finanzierung der Schuldnerberatung kann unter diesen Umständen nicht als Fortschreibung der Entwicklungen der letzten Jahre gestaltet oder von der Höhe der Zuwendungen abhängig gemacht werden, die der Landkreis von Dritten erhält.

Der Kreistag beschloss unseren Antrag und beauftragte den Landrat, mit dem Haushalt 2021 die Finanzierung der Schuldnerberatung in der Höhe des Haushaltsansatzes für das Jahr 2019 zu gewährleisten und damit die Kürzung im Jahr 2020 rückgängig zu machen.

Ich denke, im Oktober-Kreistag haben wir in vielen Bereichen bewiesen, wie linke Politik zu machen ist, wofür DIE LINKE gebraucht wird.

Dr. Artur Pech

■ Dokument 12

Ist eine Geschäftsordnung wichtig?

Quelle: *Infoblatt*, 1-2021, Seite 3

Ja! Sie hilft zwar zunächst keinem sozialen Problem der Einwohner und rettet nicht das Weltklima. Es ist ja nur ein Dokument mit Wirkung nach innen, ob nun Kreistag oder Bundestag, Vereinsvorstand oder Aufsichtsrat.

Aber sie legt fest, ob man dem Landrat Fragen stellen kann und wann Anträge eingereicht werden. Oft steht auch drin, wie lange geredet werden darf. Da fangen schon Streitpunkte an, Abgeordnete würden gern mehr reden. Gern auch mal nicht zum Thema. Da unterscheiden sich auch die Fraktionen.

Jetzt ging es im Kreistag um die Verankerung der papierlosen Arbeit – das war ja eine erfolgreiche Initiative der LINKEN-PIRATEN-Fraktion - in der Geschäftsordnung.

Dazu hatte die Verwaltung eine neue Geschäftsordnung vorlegt. Leider dabei vergessen, viele Schwachstellen der alten Geschäftsordnung zu beseitigen. Unser Ergänzungsantrag, bis September dieses Jahres die neue Geschäftsordnung unter Einbeziehung der Hinweise der Fraktionen zu überarbeiten, war folgerichtig. Und kam überraschend schnell zum Tragen, die Verwaltung machte sich diesen Antrag der LINKEN-PIRATEN zu eigen, änderte also ihren eigenen Antrag um und ohne Aussprache ging es zur Abstimmung: 35 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen. Nun muss die Geschäftsordnung überarbeitet werden. Wir haben da auch 4 Seiten mit Vorschlägen.

Dr. Bernd Stiller

■ Dokument 13

Marode Landesstraßen im Landkreis

Zum TOP 6 Grundhafte Erneuerung der L 452 (Antrag der AfD)
im Kreistag Oder-Spree am 9. Juni 2021

Quelle: *Infoblatt*, 3-2021, Seite 3

Ja, es gibt unbestritten jahrzehntelange Defizite in der Pflege und Instandsetzung von Landesstraßen. Dazu haben wir im Kreisausschuss ja schon verschiedene Hinweise von Vertretern aller Fraktionen gehört.

Da sind etwa zwei Drittel der OD Herzberg der L 42 völlig ruiniert, teilweise nur einspurig noch nutzbar, bei intensivem Regen selbst das kaum.

Da ist die L 35, die jetzt Umleitungsstrecke für die B 168 war und zwischen Glienicke und Bad Saarow Ortseingang ebenfalls in einem jämmerlichen Zustand ist. Zur B 168 kann ich im Übrigen den Protest und die Enttäuschung der Einwohner von Pfaffendorf verstehen (die *MOZ* berichtete am 8. 6.), ein Straßenabschnitt, der nach Aussagen der Pfaffendorfer „noch völlig in Ordnung war“ (Zitat *MOZ*, 8. 6.), wird für fast eine Million Euro saniert, in der Ortsdurchfahrt oder mit der Ortsumgehung selbst passiert aber seit Jahrzehnten nichts. Man versteht Straßeninstandsetzung von Bund und Land nicht mehr wirklich.

Es versucht ja auch keiner mehr von Bund und Land, den Bürgerinnen und Bürgern oder den Kommunalpolitikern Absichten der nächsten Jahre zu erklären. Insofern sieht man sich solch einen Antrag zu Landesstraßen hier im Kreistag an. Auch wenn er von einer Gruppe kommt, die sonst eher völkischen Gedanken anhängt.

Aber was hat man da in der Hand? Einen Beschlussvorschlag, dem man bei bestem Willen nicht zustimmen kann. Ob wir das Recht haben, die Landesregierung aufzufordern, sei dahingestellt, aber selbst wenn

wir es hätten, was soll diese denn machen? Gut, wohl nicht die gesamten 11,5 km zwischen Henzendorf und L 112, aber wohl die 7 km zwischen Bahro (Ortsausgang West) und Kummroer Str. 1 in Kummro.

Und der Landrat soll hinwirken, dass die 7 km mit 3 Ortsdurchfahrten beplant und grundhaft (!) ausgebaut werden mit Fertigstellung bis zum 30. April 2022. Das ist kein ambitionierter Zeitplan, das ist einfach nur frech. Die einreichende Fraktion weiß ganz genau, dass solch ein Zeitplan, auch wenn Personal und Geld sofort verfügbar wären, für 7 km grundhafter Erneuerung mit drei Ortsdurchfahrten nicht machbar ist. Zudem wissen wir nicht, wie der Winter 2021/22 wird, da gibt es im Straßenbau auch Hemmnisse. Von den Abstufungsüberlegungen ganz zu schweigen.

Es geht der genannten Fraktion in Wirklichkeit gar nicht um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger, die die Straße nutzen. Es geht nur um die Propaganda, es geht um eine langfristig angekündigte namentliche Abstimmung und den nutzbaren schriftlichen Beweis, wer alles sich nicht sofort für die Straße eingesetzt hat. Das ist ihr Ziel. Eine Tageszeitung schrieb gestern, ich zitiere, von einer „Krawall- und Fachistenpartei“ (Zitat-Ende) in Sachsen-Anhalt. Dass ich da Parallelen sehe, möge mir erlaubt sein.

Ja, Sie können mein Nein zur Beschlussvorlage mit oder ohne namentlicher Abstimmung bei sich rumerzählen. Ich bleibe dabei. Ich stehe auch in Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger und Kinder von Herzberg, ich unterstütze auch alle Be-

mühungen hinsichtlich L 35 und ja, auch für die L 452, aber nicht über den vorliegenden Antrag.

Die Antragsteller können sich gern die *Brandenburg-Nachrichten* vom 22. Februar 2020 ansehen, als der „Blaue Robur“ in Herzberg war, ich habe klar die Landesregierung kritisiert, die ihre Landesstraßen unterfinanziert.

Die antragstellende Fraktion möge aber zur Kenntnis nehmen, „Krawallanträge“ kann ich nicht unterstützen und will ich nicht unterstützen und wahrscheinlich sehen das auch Kolleg*innen aus den demokratischen Fraktionen so.

Unabhängig davon, kann der Landrat gern weitertragen, dass ich fordere, dass die Landesregierung

- sich sofort bekennt, dass ein Sanierungsrückstau besteht und in welcher Reihenfolge sie wann welche Sanierungen in Auftrag gibt,
- über geeignete Medien (z. B. internetbasierte Karten) mitteilt, welche Straßen sie selbst für nicht zumutbar hält (not-

wendige Transparenz, um lokale Kontrolle zu ermöglichen),

- mit den lokalen Verwaltungen erfolgsorientiert über Abstufungen verhandelt, wobei die allgemeinen Regeln solcher Abstufungen – z. B. Kostenübernahme für grundhaften Ausbau – anzuerkennen sind, an dieser Stelle Dank für die entsprechende weitere Initiative von Herrn Gehm, aber wahrscheinlich bedarf es hier mehr Druck,
- für eigene Sanierung und ggf. die Abstufung begleitende Kosten ausreichende Mittel zur Verfügung stellt, auch wenn corona-bedingte Konsolidierungsmaßnahmen den Landeshaushalt belasten.

Zugleich mögen sowohl Landesregierung als auch der Landrat, die Priorität in der Abarbeitung der aufgezeigten Probleme von Zustand und Verkehrsbelegung abhängig gestalten.

Dr. Bernd Stiller,

■ Dokument 14

Ein Nahverkehrsplan zwischen den Bedürfnissen der Menschen und den Götzen der Marktwirtschaft

Quelle: *Infoblatt*, 3-2021, Seite 3

In der Beschlussvorlage zum Nahverkehrsplan hieß es: „Der Kreistag bestätigt entsprechend dem ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg den Nahverkehrsplan (NVP) für den übrigen kommunalen ÖPNV (kÖPNV) des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2021–2025 gemäß Anlagen.“ Das ist eine scheinbar kleine aber wesentliche Abweichung von der Leistungsbeschreibung, mit der diese Arbeit in Gang gesetzt wurde. Da hieß es noch korrekt, es ginge um die „Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den kommunalen ÖPNV (kÖPNV) des Landkreises Oder-Spree (LOS) für den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2025“.

Der Beschlusstext erweckt nun jedoch den Eindruck, es handele sich um einen neuen Nahverkehrsplan. Das ist – wie in den Beratungen deutlich wurde – mitnichten der Fall.

Vielmehr wurde dort an zentralen Stellen hinsichtlich der Bedarfe Bezug auf den „fortzuschreibenden“ – also den alten Nahverkehrsplan genommen.

Das muss mindestens insofern kritisch gesehen werden, als vor vielen Jahren erhobene Bedarfe als Grundlage der „Fortschreibung“ verwendet wurden und Forderungen nach aktuellen Bedarfserhebungen mit dem Argument zurückgewiesen wurden, das sei nicht beauftragt gewesen, beauftragt sei eine Fortschreibung.

Diese Argumentation mag für das Verhältnis zwischen dem Landkreis und dem beauftragten Planungsbüro stichhaltig sein. Für das Verhältnis zwischen dem Kreistag und den Menschen im Landkreis ist sie verheerend.

Nach Presseberichten verfährt das Land bezüglich der Forderungen nach einer Ortsumfahrung für Erkner genauso. Es beruft sich auf mittlerweile deutlich verstaubte Bedarfserhebungen, um in der Sache nichts zu tun.

Es ist nicht möglich, hier auf alle Konsequenzen dieses Herangehens einzugehen. Ich beschränke mich daher auf drei Probleme:

Ein erstes Problem ist die Behandlung der Abwägungen zum Nahverkehrsplan in den Gremien des Kreistages. Nachdem uns die entsprechenden Unterlagen zugeleitet worden waren, haben wir uns schnell und mit der gebotenen Gründlichkeit damit befasst und unsere Position zu den Abwägungen den Ausschüssen des Kreistages zugeleitet.

Danach habe ich meinen Ohren kaum trauen können, als mir in Ausschussberatungen entgegengehalten wurde, der Nahverkehrsplan sei doch kein Bebauungsplan, mit den Einzelheiten wolle man sich nicht befassen, die überlasse man der Verwaltung.

Das nenne ich Missachtung von Demokratie und Arbeitsverweigerung von Abgeordneten gegenüber ihren Auftraggebern – den Menschen im Landkreis, um deren Anliegen es bei einem erheblichen Teil der Abwägungen ja ging. Tatsächlich wurde so eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Problemen im Kreistag weitestgehend vermieden.

Ein zweites Problem ist es, dass mit dem vorliegenden Nahverkehrsplan den Menschen im Landkreis nicht mitgeteilt wird,

was ihnen zugemutet wird. Deshalb fordern wir die Festlegung von Mindeststandards, zu denen sich der Kreistag auch öffentlich bekennt.

Um hier nur ein Beispiel anzuführen: Mit dem vorliegenden Entwurf des Nahverkehrsplanes schreibt das beauftragte Planungsbüro bestehende Regelungen einfach fort. Dabei kommt unter anderem heraus, dass Schülerinnen und Schülern – mit Wartezeiten vor und nach der Schule – für den Schulweg bis zu knapp 5 Stunden täglich zugemutet werden können.

Dieser von uns thematisierte Sachverhalt konnte bei der Beratung in den Ausschüssen nicht bestritten werden, wurde aber für normal erklärt.

Das ist aber tatsächlich genauso wenig normal, wie der Umstand, dass selbst unter Corona-Bedingungen Mindestabstände in den Schulbussen nicht eingehalten werden konnten, von Sitzplatzgarantien vor dem Hintergrund der als zumutbar geltenden Fahrzeiten ganz zu schweigen.

Bei der Debatte im Kreistag dominierte in dieser Frage Rabulistik. Sie schwankte zwischen der Leugnung der im NVP auf den Seiten 52/53 nachlesbaren Daten, die nach der Beschlussfassung nun tatsächlich fortgelten sollen, bis zum Vorwand, erst müsse die Schülerbeförderungssatzung geändert werden, bevor der Kreistag im NVP eine Verkürzung der zumutbaren Fahrzeiten beschließen könne – als ob das nicht auch Sache des Kreistages wäre.

Das dritte Problem betrifft die Zugrundelegung der tatsächlichen Bedarfe für den

ÖPNV wie sie heute bestehen und wie sie sich in den nächsten Jahren entwickeln werden. Dem ist mit einer Fortschreibung eines seit Jahren überalterten Nahverkehrsplanes nicht beizukommen.

Schließlich hatte unsere Fraktion beantragt, die Vor- und Nachteile einer Re-kommunalisierung des Busverkehrs im Landkreis Oder-Spree zu prüfen und das Prüfergebnis dem Kreistag im ersten Quartal 2022 so rechtzeitig vorzulegen, dass es vor der fälligen Entscheidung über die Neuausschreibung von Verkehrsleistungen berücksichtigt werden kann.

Die Götzen der Marktwirtschaft sind allerdings für eine dem Neoliberalismus verhaftete Mehrheit des Kreistages so heilig, dass nicht einmal die Frage zugelassen wurde.

Hier Änderungen herbeizuführen bedarf ganz offensichtlich eines größeren Drucks aus der Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE-PIRATEN im Kreistag wird ihre Anstrengungen in diesem Sinne fortsetzen. Immerhin ist es uns gelungen durchzusetzen, dass die Wirkung dieses Nahverkehrsplanes in etwa zwei Jahren evaluiert werden. Das Ergebnis dieser Evaluierung wird stark davon abhängen, dass sich Schülerinnen, Schüler und Eltern einen solchen Umgang mit ihren berechtigten Anliegen nicht gefallen lassen.

Dr. Artur Pech

■ Dokument 15

Zur Arbeit der GefAS

Die Fraktion DIE LINKE-Piraten im Kreistag Oder-Spree gratuliert

Quelle: Jubiläumsbroschüre zu 30 Jahre GefAS, Seiten 35–36

30 Jahre GefAS sind ein Grund zu gratulieren und gleichzeitig ein Grund wütend zu sein.

30 Jahre GefAS stehen für drei Jahrzehnte Engagement zu Milderung der Folgen von Armut und Ausgrenzung. Viele Menschen haben sich in dieser Zeit in und mit der GefAS dafür eingesetzt und haben auf der einen Seite dafür Dank und Anerkennung erfahren und sahen sich gleichzeitig einer nicht zu übersehenden Häme ausgesetzt.

Das durchgehalten zu haben und sich weiter zu engagieren verdient nicht nur größten Respekt, sondern tatkräftige Unterstützung. Das ist so ähnlich, wie der Umgang mit denen, die beim Kampf gegen die Corona-Pandemie mit billigem Beifall abgefunden werden und ziemlich verlassen dastehen, wenn es um konkrete Unterstützung geht.

Unser Fraktion – damals „DIE LINKE“ im Kreistag – kam im Gefolge der Ereignisse an der Essener Tafel in engeren Kontakt mit der GefAS.

Am 23. Februar 2018 saß ich vor dem Fernseher und sah verschiedene Berichte mit Meinungsäußerungen über die Entwicklung an der Essener Tafel.

Die Essener Tafel stand bei einem Anteil von 75 Prozent Ausländern an den Besuchern der Tafel den Problemen hilflos gegenüber und hat deshalb beschlossen, vorübergehend keine weiteren Ausländer mehr aufzunehmen. Da stand auf einmal „Arm gegen Arm“ auf der Tagesordnung. Über viele Jahre hatte der Jammer, dass

im reichen Deutschland unverkäufliche Lebensmittel eingesammelt werden, um Bedürftige zu versorgen, wenig Aufmerksamkeit erregt. Und nun gab es einen regelrechten Mediensturm. Die sachliche Feststellung des Bundesvorsitzenden der Tafeln, dass sich hier die Hilflosigkeit und die Überforderung der Tafeln in Deutschland zeige, blieb eine zunächst kaum durchdringende Randbemerkung.

Überwiegend wurde der „schwarze Peter“ denen zugeschoben, die mit viel Mühe daran arbeiten, die elenden Folgen einer verfehlten Politik zu lindern. Und die größten Kritiker waren die für diese Politik Verantwortlichen.

Darum galt meine Sorge zunächst den Menschen, die im Landkreis Oder-Spree an der und für die Tafeln arbeiten. Ein Gespräch mit der GefAS hatte drei für mich wesentliche Ergebnisse:

- Ja, im Landkreis Oder-Spree gibt es ähnliche Probleme wie in Essen.
- Nein, wir wollen und werden Ausländer auch vorübergehend nicht aussperren.
- Ja, wir brauchen Hilfe.

In den Tagen, an denen ich diese Klarheiten gewann, musste ich einen niederträchtigen Kommentar über die Arbeit der Menschen an den Tafeln lesen, die „sich selbst als weiße Ritter imaginierend, ihre ‚Kunden‘ schikanieren, bevormunden, lächerlich machen, es ist schier ein Graus.“

Nach dem Lesen dieses Kommentars fasste ich meine Wertung in die Worte: Ja: Hartz IV ist ein skandalöser Auswuchs

bundesdeutscher Profitwirtschaft. Ja: Es ist ein Skandal, dass es in diesem Lande Tafeln geben muss. Aber die hier praktizierte selbstgefällige Arroganz gegenüber Menschen, die ohne Bezahlung tun was sie vermögen, um fremde Not zu lindern, wird die Tafeln nicht überwinden, sondern zementieren. Dieser Kommentar war unterirdisch.

Meine Schlussfolgerung: Den in den Tafeln Arbeitenden muss geholfen werden, damit sie solche Beleidigungen und Angriffe überstehen und sie selbst besser helfen können. Denn ein Motiv für Probleme ist auch die nachvollziehbare Angst, nichts mehr abzubekommen.

Hier ist zu helfen – in dem Umfang, in dem wir es für die Tafeln im Landkreis Oder-Spree vermögen. Ich formulierte also in knapper Zeit einen Antrag an den Kreistag und setzte ihn als Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen auf die Tagesordnung. Dort fand der Antrag zunächst eine Mehrheit.

Nach der sachlichen Debatte um die Probleme der Tafeln im Finanzausschuss mutierte die Diskussion im Kreistag zu einer Karikatur der Bundestagsdebatten um die Tafeln, die Armut und Hartz IV. Das erkennbare Strickmuster lautete: Wir sehen die Probleme nicht, weil sie nicht in unser Bild von diesem Lande passen.

Zum Ende des Jahres brachte der Kreistag dann durch unseren Antrag eine Unterstützung der Tafeln auf den Weg. Sie nahm

für die GefAS die Gestalt eines Kühlfahrzeuges zum Transport von Lebensmitteln an.

Wir haben unsere Zusammenarbeit mit der GefAS fortgesetzt und aus so gewonnenen Einsichten konkreten Anträge im Kreistag gemacht. Eine Frucht der Bemühungen ist es unter anderem, dass die Kürzung der Mittel für die Schuldnerberatung rückgängig gemacht werden konnte.

Wichtig war auch der Armutsbericht, den die GefAS Mitte 2020 vorlegte. Wir haben daraus einen Antrag gemacht, mit dem die Kreisverwaltung aufgefordert werden sollte, mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln einen solchen Armutsbericht zu erarbeiten, um daraus konkrete Maßnahmen im Landkreis abzuleiten. Bei der Behandlung dieses Antrages offenbarte sich dann wieder die klassenbedingte Borniertheit mindestens eines Teil des Kreistages. Da verband sich die Aussage, der Armutsbericht der GefAS taue nichts scheinbar mühelos mit der Position: Wozu braucht es denn einen Armutsbericht – wir haben doch schon einen – (den der GefAS).

Die GefAS wird also wie in den zurückliegenden drei Jahrzehnten weiterhin dicke Bretter zu bohren haben und die Fraktion DIE LINKE. Piraten wird weiter an ihrer Seite stehen.

Dr. Artur Pech, Fraktionsvorsitzender

■ Dokument 16

Über Irrwege aus der Krise

Anfang des Jahres 2021 ist sowohl auf der Landes- als auch auf der Bundesebene und schließlich auch bei der Europäischen Union ein erbärmliches Scheitern zu beobachten.

Quelle: *Infoblatt-Extra*, 1-2021

Als am 17. März 2021 in Beeskow der Kreisausschuss tagte, hatte der Corona-Infidenzwert im Landkreis gerade wieder die 100er-Marke überschritten. Und der Landrat musste berichten, dass eine Antwort der Landesregierung auf das vom Landkreis anderthalb Monate zuvor eingereichte Impfkonzept noch immer nicht eingegangen war. Stattdessen gab es die Information, im Land sei nunmehr nicht mehr das Gesundheitsministerium, sondern das Innenministerium für die Impfkampagne zuständig.

Der Landkreis ist gegenüber den hier lebenden Menschen in der Pflicht. Er kann zwar alles Mögliche organisieren, aber die benötigten Impfstoffe kann er nicht bereitstellen. Er bekam von der Landesregierung nicht einmal ein Impfzentrum zugebilligt.

Eine ordentliche Beschaffung der Impfstoffe wiederum misslang der Bundesregierung wie auch der Europäischen Kommission – über die der Bund das abwickeln wollte. Am 24. März konnte der Landkreis mit eigenen Kräften Impfzentren in Eisenhüttenstadt und Beeskow eröffnen, um den Menschen weitere Wege zu ersparen. Für beide zusammen sollen nun pro Woche insgesamt 1.000 Impfdosen geliefert werden. Der Landkreis hat rund 180.000 Einwohner.

Die Europäischen Union, ein zwischenstaatliches Gebilde, zu dem nicht wenige noch immer „Europa“ sagen, die Bundesrepublik Deutschland und auch deren Bundesländer stecken auch in diesem Fall in einer Krise. Und die vielzitierten „Kleinen



Foto: Dr. Artur Pech

Richtungsweiser zum Beeskower Impfzentrum des Landkreises Oder-Spree

Leute“ auf dem ebenso vielzitierten „flachen Land“ bekommen dieses Versagen schmerzhaft zu spüren.

Gleichzeitig ist die Entwicklung von Konzepten zu beobachten, die sich von den tatsächlichen Gegebenheiten wenig beeindrucken lassen. Da wird Wunsch für Wirklichkeit genommen und „mehr Europa“ als die Lösung der Probleme gepriesen.

Was die Linke in den Mitgliedstaaten nicht schafft, was die Europäische Union nicht schafft, das soll eine „Republik Europa“ richten. Speziell in der LINKEN ist dabei ein Rückfall hinter Erkenntnisse zu beobachten, die schon weit über hundert Jahre alt sind. Deshalb war ein Text aus dem Jahr 1915 neu zu lesen und auf seine aktuelle Bedeutung zu befragen.

Die „Republik Europa“: Neue Variationen auf ein altes Thema

Randglossen zu: W. I. Lenin, „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ (Lenin-Werke 21/342-346)

(01) Die „Republik Europa“ in der linken Debatte

Die „Republik Europa“ erschien in Anträgen an die Parteitage der LINKEN in Hannover (2017) und Bonn (2019) und fand dort jeweils keine Mehrheit. Erneute Verbreitung fand sie 2021 vor dem Online-Parteitag der LINKEN Ende Februar in einem Papier von Matthias Höhn (Mitglied des Bundestages). Dabei wird die Diskussion einseitig mit demokratietheoretischen Argumenten geführt.

Die ökonomische Seite bleibt zunehmend unbeachtet. 2017 hieß es noch „Die wirtschaftliche Ungleichheit der Mitgliedstaaten und (Hervorhebung AP) fehlende einheitliche Gesetzgebung, z. B. im Bereich Soziales, Arbeit und Rente, sind zum einen Hürden für die persönliche Lebensplanung und zum anderen nur dafür geeignet, die Konkurrenz zwischen den Mitgliedstaaten aufrecht zu erhalten und weiter zu verschärfen.“ Da wurden wirtschaftliche Zustände und deren rechtliche Regelung zwar voneinander getrennt, die wirtschaftliche Ungleichheit aber immerhin genannt. 2019 war von der wirtschaftliche Ungleichheit

nicht mehr die Rede. Und das aus schlechtem Grund, denn tatsächlich wird in der EU die Ungleichheit größer.

(02) „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und Klassenpolitik

Der Forderung nach „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ ist nicht zu widersprechen. Mehr als problematisch ist es jedoch die materiellen Ursachen bestehender Ungleichheiten auszublenden und den Ausweg in rechtlichen Konstruktionen zu suchen.

Von einem sozialistischen Standpunkt aus können politische Umgestaltungen in demokratischer Richtung niemals kritisiert werden. Nicht erst Lenin stellte jedoch fest, dass die Regierungen als „nationale Millionärsausschüsse“ Klassenpolitik machen. Schon seit 1848 ist nachlesbar: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ (MEW 4/464)

Diese Feststellungen waren rund 100 bzw. 170 Jahre alt, als die Rede auf die „Republik Europa“ kam. Die Konzentration der Regierungsgewalt über einen Teil Europas

(der heutigen EU) oder über ganz Europa – vom nach dem „Brexit“ im Sprachgebrauch „überzeugter Europäer“ nicht mehr „europäischen“ Gibraltar bis zum nach Humboldt europäischen Ural – würde daran nichts ändern.

(03) Der ökonomische Inhalt der „Republik Europa“

Ist die „Republik Europa“ im Zusammenhang mit dem Kampf gegen ungleiche Behandlung als politische Lösung völlig unanfechtbar, so bleibt doch die Frage nach ihrem ökonomischen Inhalt.

Unter den Bedingungen der kapitalistischen Globalisierung, d. h. des Kapitalexports und der Beherrschung der Weltmärkte durch die „fortgeschrittenen“ und „zivilisierten“ Mächte ist die aktuell diskutierte „Republik Europa“ noch genauso unmöglich oder reaktionär wie die „Vereinigten Staaten von Europa“ vor hundert Jahren.

(04) Entwicklung der Kräfteverhältnisse und Aufrüstung

Die ökonomischen Gewichte verschieben sich in einem atemberaubenden Tempo. Während 1980 Anteil der EU am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt bei 26 Prozent lag, werden für 2025 noch rund 14 Prozent prognostiziert. Für die USA fällt dieser Wert in der gleichen Periode von 22 Prozent auf rund 15 Prozent, während er für die VR China von etwas über 2 Prozent bis auf fast 20 Prozent steigt. Das ist der tatsächliche Grund für die Verschärfung des Hochrüstungskurses mit dem „Zwei-Prozent-Ziel“ des Bruttosozialproduktes für die Aufrüstung.

(05) Krieg und ökonomische Interessen

Der beschleunigte Ausbau der Militärmacht ist eine Reaktion auf diese unüber-

sehbare Schwächung wirtschaftlicher Positionen. Verkauft wird das Ganze dann als Streben nach „strategischer Autonomie“, die „Europa“ weltpolitikfähig machen müsse.

In der Europäischen Union wurden die Rüstungsausgaben von 193 Mrd. Euro im Jahr 2005 auf 242 Mrd. Euro im Jahr 2019 erhöht. Kriegsvorbereitung und Krieg wird so zum Mittel für die Behauptung wirtschaftlicher Vorherrschaft.

Und damit tritt ein deutlicher Unterschied zu den großen Kriegen des 20. Jahrhunderts zu Tage: Vor dem ersten Weltkrieg bekannte sich von Bülow für den Aufsteiger Deutschland im Reichstag zum Kampf um den „Platz an der Sonne“. Dem folgte der Kampf um den „Lebensraum im Osten“. Krieg sollte den Weg für die wirtschaftlichen Expansion freischießen.

(06) „Akteur mit eigenständigen Interessen“

Heute geht es „um ein Europa, das auch militärisch mehr Gewicht in die Waagschale werfen kann. Der Aufbau von Fähigkeiten und Strukturen ist das eine. Das andere ist der gemeinsame Wille, das militärische Gewicht auch tatsächlich einzusetzen, wenn es die Umstände erfordern.“ (Ursula von der Leyen, Münchner Sicherheitskonferenz, 16. 2. 2018)

Bereits 2016 formulierte die EU das Ziel „militärische Spitzenfähigkeiten“ anzuschaffen und fasste als ihre „Interessen“ ein „offenes und faires Wirtschaftssystem“ und den „Zugang zu Ressourcen“ zusammen. Als mögliche militärische Einsatzgebiete werden Länder „bis nach Zentralasien“ und im Süden „bis nach Zentralafrika“ benannt. Auch der „Schutz“ von Handelswegen bis hin zum „Südchinesischen Meer“ und der „Straße von Malakka“ wird aufgelistet.

Die Bülow-Rede im Deutschen Reichstag, in der es um den berüchtigten „Platz an der Sonne“ ging drehte sich übrigens auch um den Einsatz deutscher Kriegsschiffe gegen China.

Dieser Hintergrund darf nicht ausgeblendet werden, wenn es abstrakt heißt, die EU „müsse sich als politischer Akteur mit eigenständigen Interessen, Zielen und Werten verstehen und auch als solcher agieren.“ (Höhn)

(07) Das „Prinzip der Teilung nach der Macht“

Die Staaten, die in einer „Republik Europa“ aufgehen sollen, müssten sich heute nicht mehr über die Teilung von Kolonien verständigen. Aber sie agieren als kapitalistische Staaten noch immer unter Verhältnissen, unter denen „jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht“ unmöglich ist. Das gilt für ihr Verhältnis untereinander ebenso, wie für ihre Rolle in der Welt.

(08) Ökonomische Ursachen politischer Differenzen

Brexit ist eben nicht vorrangig aus der Abgehobenheit von Politikern zu erklären. Vielmehr haben die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen eine Sprengkraft hervorgebracht, die mit den historisch gewachsenen Mechanismen der EU nicht mehr beherrschbar war. Und in Griechenland ist Syriza nicht an demokratietheoretischen Petitessen, sondern an wirtschaftlichen Machtverhältnissen gescheitert.

(09) „Gerechte Verteilung“ im Kapitalismus

Bei Lenin heißt es „Kapitalismus bedeutet Privateigentum an den Produktionsmitteln und Anarchie der Produktion. Auf solcher Basis eine ‚gerechte‘ Verteilung des Einkommens zu predigen ist Proudho-

nismus, ist kleinbürgerlicher, philiströser Stumpfsinn.“ Das ist noch immer so, auch wenn die „Republik Europa“ mit der Absicht begründet wird, die Segnungen des deutschen Hartz-IV-Systems über ganz Europa zu verbreiten.

(10) Ökonomische Ursachen von Konflikten

Die Machtverhältnisse haben sich nicht nur weltweit geändert – Punkt (04). Auch innerhalb der EU driftet die wirtschaftliche Entwicklung auseinander. Hier vergrößerte sich der Abstand zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Bruttosozialprodukt pro Kopf von 67.000 Euro auf 76.800 Euro.

Dass Schlusslicht auf dieser Skala ist Bulgarien. Am 27. März 2021 war selbst im ZDF – *Heute* – zu erkennen, dass „mehr Europa“ für dieses Land nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems ist: „In der Pandemie rächt sich, dass das medizinische Personal seit dem EU-Beitritt stets gen Westen geht“, das bulgarische Gesundheitssystem kollabiert. Dafür ist auch die „Republik Europa“ keine Lösung. Aus den ökonomischen Verhältnissen sind die Konflikte innerhalb der EU viel zutreffender zu erklären, als aus mehr oder minder glücklichen rechtlichen Regelungen.

(11) Kriegsursachen

Der Unterschied zwischen aktuellen Kriegsvorbereitungen und den großen Kriegen des 20. Jahrhundert liegt auf der Hand: Der erste und der zweite Weltkrieg sollten Platz schaffen für wirtschaftliche Herrschaft. Heute soll der drohende Abstieg mit militärischen Mitteln verhindert werden – die bisherigen imperialen Platzhirsche beherrschen den wirtschaftlichen Gang der Dinge nicht mehr, deshalb soll er militärisch gedreht werden. Anders gesagt: Die wirtschaftlichen Absteiger verschieben

auch die militärische Konfrontation „nach vorn“, auch mit deutschen Schiffen bis vor die Küsten Chinas.

(12) Der Staat „Republik Europa“ und seine Machtorgane

Eine „Republik Europa“ würde unter den gegebenen Bedingungen eine Gruppe von Staaten durch einen Staat ersetzen, nicht aber den Staat abschaffen. Insofern schließt die Forderung danach eine „Europaarmee“ ein. Das führt zu der Frage nach der Zweckbestimmung solcher Streitkräfte. Die werden schließlich schon im Nationalstaat nicht unterhalten, um im Falle einer Pandemie militärisches Personal zur Nachverfolgung von Infektionsketten in Gesundheitsämter abordnen zu können.

Wie könnte unter den tatsächlich bestehenden Bedingungen gesichert werden, dass eine solche „Europaarmee“ nicht dafür eingesetzt wird, Kapitalinteressen am Hindukusch zu „verteidigen“ – wie es mit der „nationalen“ Bundeswehr schon der Fall ist? Und was ist zu tun, damit eine in der „Republik Europa“ unvermeidliche „Europäische Grenzwehr“ anders agiert, als heutzutage FRONTEX?

(13) Eine „Republik Europa“ ist möglich

Natürlich ist auch eine „Republik Europa“ als Abkommen zwischen den schon bisher die EU beherrschenden Mächten möglich. Als Abkommen darüber, wie die eigenen Machpositionen in der Welt gegen China „verteidigt“ werden kann oder – wie andere sagen – um mit den USA auf Augenhöhe zu kommen.

Im Vergleich zu China bedeuten die Europäische Union und die USA im Ganzen genommen ökonomischen Stillstand. Auf der heutigen ökonomischen Basis, d. h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würde

die „Republik Europa“ die Organisation der wirtschaftlichen Vergangenheit zur Hemmung der raschen Entwicklung Chinas bedeuten. Die Zeiten, in denen die Sache der Demokratie und die Sache des Sozialismus mit Europa verknüpft war, sind unwiderruflich dahin.

(14) „Republik Europa“ und Sozialismus

Die auch im Text „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ entwickelten Überlegungen Lenins von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Land machen ihn heute auch unter Linken zur Unperson. Und was die Kommunistische Partei Chinas als „Sozialismus chinesischer Prägung“ bezeichnet, sehen auch Teile der Linken als Kapitalismus an. Dabei sollten jedoch drei Dinge nicht übersehen werden:

1. Die zum Beginn der 1980er Jahre begonnene Politik der KP Chinas hat durchaus Ähnlichkeiten zu der von Lenin formulierten und von Stalin abgebrochenen „Neuen Ökonomischen Politik“ der Sowjetunion der 1920er Jahre.
2. Der wirtschaftliche Erfolg dieser Politik ist nicht zu bestreiten. Und er ist auch nicht nur eine Frage der Statistik, sondern eine Frage der gravierenden Verbesserung der Lebensverhältnisse für ein Milliardenvolk.
3. Demokratietheoretische Überlegungen zur „Republik Europa“, ohne Behandlung der Klassenverhältnisse haben mit Sozialismus nichts zu tun.

(15) „Republik Europa“ und Nationalismus

Gelegentlich wird die „Republik Europa“ als Mittel gegen den Nationalismus dargestellt. Das ein Einheitsstaat kein geeignetes Mittel zur Lösung der nationalen Frage ist,

lässt sich praktisch innerhalb der EU von Schottland über das Baskenland bis nach Katalonien und darüber hinaus auf dem Balkan oder in Russland besichtigen. Auch hier hilft die völlige Ausblendung der ökonomischen Verhältnisse nicht weiter.

„Damit die Völker sich wirklich vereinigen können, muß ihr Interesse ein gemeinschaftliches sein. Damit ihr Interesse gemeinschaftlich sein könne, müssen die jetzigen Eigentumsverhältnisse abgeschafft sein, denn die jetzigen Eigentumsverhältnisse bedingen die Exploitation der Völker unter sich.“ (MEW 4/416). Und: „Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“ (MEW 4/479) Dem ist auch durch die Konstruktion einer „Republik Europa“ nicht zu entkommen.

Fazit

Wenn es LINKEN um mehr gehen soll, als um eine effektivere Verwaltung des europäischen Kapitalismus und die Durchsetzung seiner weltweiten Interessen kann auch bei der „Republik Europa“ die Auseinandersetzung mit ihrer ökonomischen Seite nicht ausgeblendet werden.

Die Argumente Lenins zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ können ignoriert werden – widerlegt werden sie damit nicht. Wer so verfährt, kann sich auch nicht auf Marx berufen. Die „Republik Europa“ ist eine Neuauflage der Losung der „Vereinigten Staaten von Europa“. Sie ist weder ein linkes noch ein internationalistisches Projekt.

Dr. Artur Pech

■ Dokument 17

Frage und Antwort zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft

Fraktion DIE LINKE-PIRATEN
06.09.2021

Kreistag am 29.09.2021

Anfrage an den Landrat

(gemäß BbgKVerf § 30 Abs. 3 und Geschäftsordnung des Kreistages § 10 Abs. 1)

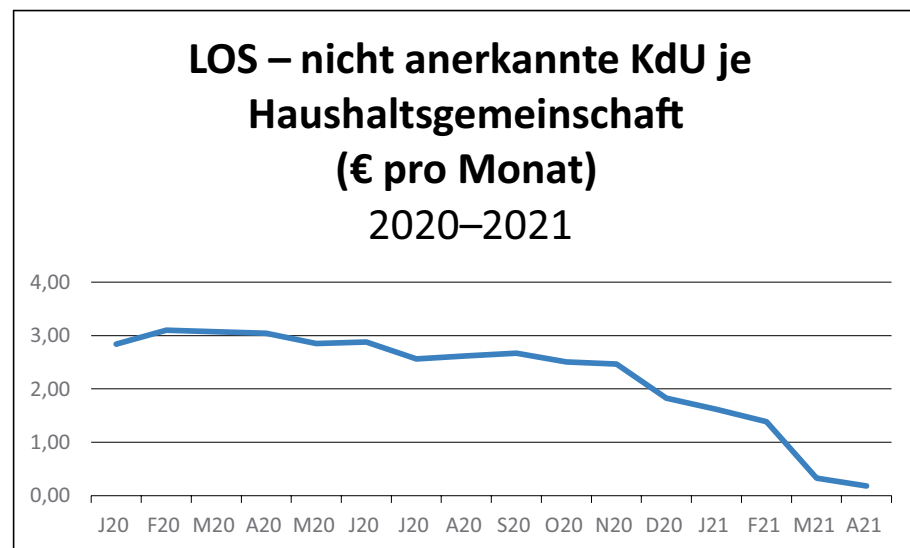
Kosten der Unterkunft im Landkreis Oder-Spree

Sehr geehrter Herr Landrat,

zum Anfang des Monats wurden die angepassten Werte zur Beurteilung der angemessenen Kosten der Unterkunft im Landkreis Oder-Spree im Internet veröffentlicht. Diese Werte entsprechen mit einer etwas über 3 Prozent liegenden Kostensteigerung gegenüber 2019 etwa der allgemeinen Entwicklung.

Vor dem Hintergrund der sozialen Wir-

kungen der Pandemie und der bundesweiten Debatte über das Ausufern nicht anerkannter Kosten der Unterkunft auf teilweise mehrere hundert Euro haben wir die von der Arbeitsagentur für den Landkreis Oder-Spree veröffentlichten Statistiken über die Wohnkosten ausgewertet. Danach ergibt sich im Landkreis eine der öffentlichen Wahrnehmung entgegengesetzte Entwicklung.



(Nicht anerkannte KdU = Differenz zwischen tatsächlichen und anerkannten Kosten)

Im April 2021 (das ist wegen der Wartezeit für die Veröffentlichungen der Statistik der aktuellste Wert) belief sich die Differenz zwischen den tatsächlichen und den anerkannten Kosten der Unterkunft noch auf 18 ct. Das war gegenüber dem ohnehin schon geringen Wert für Januar 2021 (1,62 €) nochmals eine Verringerung von deutlich über einem Euro.

Den Statistiken sind die Gründe für diese Entwicklung nicht zu entnehmen.

Ich frage sie daher:
Erstens: Worauf ist diese Veränderung zurückzuführen?
Zweitens: Wie hoch ist der Anteil der Einzelfallprüfungen wegen Überschreitung der Werte für die Angemessenheit?

Ich bitte um schriftliche Antwort.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Artur Pech
Fraktionsvorsitzender

Landkreis Oder-Spree
Der Landrat

Die LINKE/PIRATEN
Fraktionsvorsitzender
Herrn Dr. Pech

16. September 2021

Sitzung des Kreistages am 29.09.2021

Anfrage an den Landrat (Herr Dr. Pech) (gemäß BbgK-Verf § 30 Abs. 3 und Geschäftsordnung des Kreistages § 10 Abs. 1)

Sehr geehrter Herr Dr. Pech,
die Fraktion im Kreistag Oder-Spree DIE LINKE-PIRATEN begehrt mit ihrer Anfrage aus der Sitzung des Kreistages vom 29.09.2021 Auskunft zu den folgenden Fragestellungen:

1. Die von der Bundesagentur für Arbeit für die Monate Januar 2020 bis April 2021 veröffentlichte Statistik zu den Wohnkosten zeigt ein Absinken der Differenz zwischen den tatsächlichen und anerkannten Unterkunftskosten an. Im Besonderen stechen hier die Veröffentlichungen für die Monate Januar 2021 bis April 2021 hervor. Ihnen ist eine Differenz zwischen den genannten Kosten von noch 1,62 € im Januar 2021 ist eine Differenz zwischen den genannten Kos-

ten von noch 1,62 € im Januar 2021 und im April 2021 von nur noch 0,18 € zu entnehmen.

Worauf ist diese Veränderung (Entwicklung) zurückzuführen?

2. Wie hoch ist der Anteil der Einzelfallprüfungen wegen Überschreitung der Werte für die Angemessenheit (der Wohnkosten)?

Zum Hintergrund der Anfrage verweisen Sie auf die bundesweit zur Entwicklung der Wohnkosten sowie den sozialen Wirkungen der COVID-19-Pandemie geführten und die öffentliche Wahrnehmung diesbezüglich bestimmenden Debatte, nach der sich die Diskrepanz zwischen der bestehenden tatsächlichen Mietlast und der von den

Grundsicherungsträgern anerkannten eher vergrößert, statt sich wie im Landkreis Oder-Spree bis auf ein verschwindend geringes Maß zu verkleinern.

Dazu nimmt die PRO Arbeit – kommunales Jobcenter Oder-Spree wie folgt Stellung:

zu 1.

Das kommunale Jobcenter vermutet, dass die Veränderung der Wohnkostensituation, so wie sie die von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichte Statistik für den Landkreis Oder-Spree abbildet, auf zwei Ursachen zurückzuführen ist. Zur Abmilderung der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie wurde mit Wirkung ab dem 28.03.2020 § 67 in das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB 11) aufgenommen und in seiner Anwendung mehrfach verlängert. Gegenwärtig betrifft diese Regelung alle Zeiträume zur Bewilligung von Leistungen nach dem SGB 11, deren Beginn in das Zeitfenster vom 01.03.2020 bis zum 31.12.2021 fällt.

Für diese Bewilligungszeiträume bestimmt § 67 Abs. 3 SGB 11, dass die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung für die Dauer von sechs Monaten als angemessen gelten und dieser Zeitraum nicht zur Verkürzung eines späteren, in der Regel ebenfalls sechs Monate andauernden Kostensenkungsverfahrens führen darf. In diesem Sinne setzte das Jobcenter Oder-Spree alle Kostensenkungsverfahren, die vor Beginn der betroffenen Bewilligungszeiträume noch nicht in einer bestandskräftigen Kostensenkungsentscheidung gemündet waren, aus und erkannte sowohl in diesen Fällen ebenfalls sechs Monate andauernden Kostensenkungsverfahrens führen darf. In diesem Sinne setzte das Jobcenter Oder-Spree alle Kostensenkungsverfahren, die vor Beginn

der betroffenen Bewilligungszeiträume noch nicht in einer bestandskräftigen Kostensenkungsentscheidung gemündet waren, aus und erkannte sowohl in diesen Fällen als ungekürzten Leistungsbedarf an.

Dem gesetzgeberischen Ziel, dass „die von den Auswirkungen der Pandemie Betroffenen (sich) nicht auch noch um ihren Wohnraum sorgen müssen“ wurde damit entsprochen. Die erfolgte Umsetzung dieses Zieles ist nach Ansicht des Jobcenters geeignet, eine Verringerung der Diskrepanz zwischen den tatsächlichen und anerkannten Unterkunftskosten in dem von der Fraktion angesprochenen Zeitraum zu bewirken.

Dies erklärt jedoch nicht den angemerkten Rückgang des Kostenunterschiedes auf ein nahezu verschwindend geringes Maß in der Zeit von Januar 2021 bis April 2021.

Das Jobcenter Oder-Spree veranlasste daher eine eigene Stichprobe auf Basis der Daten ihrer Fachanwendung zur Leistungsberechnung „LÄMMkom-LISSA“. Diese ergab für den Landkreis eine Differenz zwischen den tatsächlichen und anerkannten Wohnkosten von durchschnittlich rund 3,00 € und bewegt sich somit auf dem Niveau, wie es sich im Schnitt für das Jahr 2020 gemäß der von Ihnen herangezogenen Statistik darstellte.

Als mögliche Fehlerquellen für das Abweichen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit von den im Landkreis real herrschenden Verhältnissen werden Mängel sowohl bei der Datenmeldung aus der genannten Fachanwendung des Jobcenters heraus an die Bundesagentur als auch bei der Verarbeitung der Daten, die insbesondere von den von der Bundesagentur für Arbeit angesetzten Plausibilitätsstandards determiniert werden, seit Anfang des Jahres 2021 vermutet. Solche Fehler waren bereits in der Vergangenheit aufgetreten und

führten damals dazu, dass die Statistik der Bundesagentur zeitweise stark überhöhte Differenzen zwischen den tatsächlichen und anerkannten Kosten für den Landkreis auswies.

zu 2.

Der Anteil der Einzelfallprüfungen beträgt 100 Prozent.

Diesbezüglich wird auf die Ausführungen der PRO Arbeit – kommunales Jobcenter Oder-Spree, die bereits im Rahmen ihrer Stellungnahme vom 22.09.2014 zum Antrag der Fraktion im Kreistag Oder-Spree DIE LINKE vom 02.09.2014 zum Thema „Angemessene Kosten der Unterkunft“ (Sitzung des Kreistages vom 24.09.2014) getätigt wurden, verwiesen. Die hierzu erheblichen Anmerkungen finden Sie in der Anlage zu diesem Schreiben. Sie enthält den entsprechenden Auszug aus der damaligen Stellungnahme. An der dort beschriebenen und der gesetzlichen Vorgabe des § 22 Abs. 1 Satz 1, 3 und 4 SGB 11 entsprechenden Verfahrensweise wurde und wird auch weiterhin festgehalten.

Das Verfahren wurde in 2015 lediglich insoweit umgestellt, dass leistungsberech-

tigte Personen, für die die Wirtschaftlichkeitsprüfung ergibt, dass die durch ein Kostensenkungsverfahren erzielbare Kostenersparnis nicht binnen eines Zeitraumes von vierundzwanzig Monaten zur Amortisation der Aufwendungen führt, die üblicherweise im Zusammenhang mit einem solchen Verfahren anfallen (Umzugskosten, Verwaltungsaufwand), erst gar nicht zur Senkung ihrer Kosten aufgefordert werden. Das bedeutet, in diesen Fällen wird das Kostensenkungsverfahren gar nicht erst eingeleitet. Der Leistungsberechtigte bleibt in Gänze unbeeinträchtigt.

Darüber hinaus unterliegt das Prüfverfahren hinsichtlich der abstrakten Angemessenheitswerte, die generell lediglich als erste Prüfgrenze verstanden werden, der regelmäßigen Aktualisierung. Die derzeit hier angewandten Werte sind der Fraktion bekannt.

Ich hoffe, Ihre Anfragen zu Ihrer Zufriedenheit beantwortet zu haben.

Freundliche Grüße

Rolf Lindemann
Landrat

■ Dokument 18

Integration von Menschen mit ausländischer Herkunft im Landkreis

Informationen aus dem Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration zur Fraktionssitzung DIE LINKE-PIRATEN des Kreistages

Beeskow, den 26. Oktober 2021

Gliederung

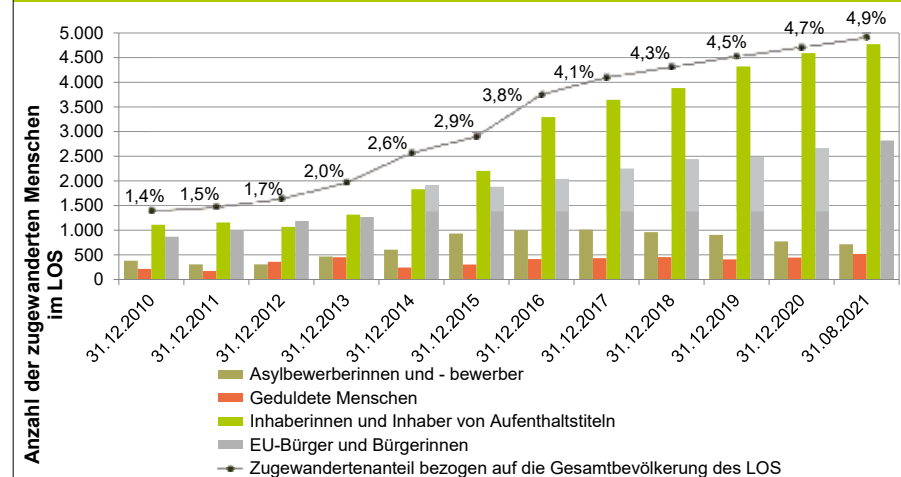
- 1) Zugewanderte im LOS- Statistik
- 2) Aktuelle Entwicklungen im Bereich Zuwanderung und Migration

Landkreis Oder-Spree

Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

1

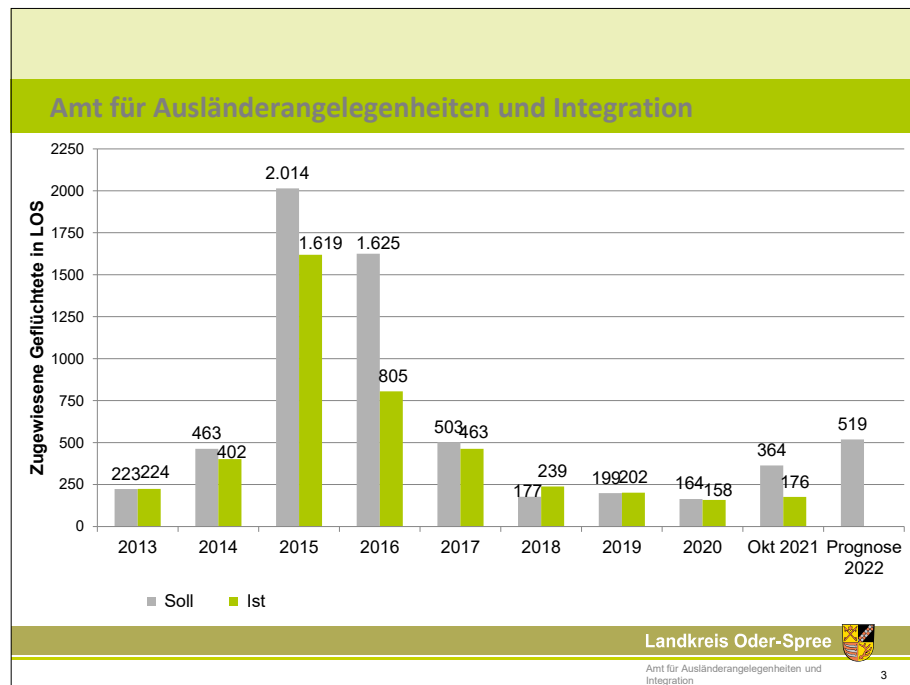
Ausländer im Landkreis Oder-Spree



Landkreis Oder-Spree

Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

2



Unterbringung der Zugewiesenen (Stand: 30.09.2021)

Unterbringungsform	Kapazität	Auslastung
7 Gemeinschaftsunterkünfte - Fürstenwalde, Tränkeweg 2 und 10 - Bad Saarow, Karl-Marx-Damm - Bad Saarow, Am Fuchsbau - Schöneiche - Erkner - Beeskow	818 Plätze	76 %
272 Wohnungen - Region Nord (Fürstenwalde, Erkner) - Region Süd (Beeskow, Storkow) - Region Ost (Eisenhüttenstadt)	1.023 Plätze	

- insgesamt 1.403 betreute Personen, darunter 234 Rechtskreiswechsler

Landkreis Oder-Spree

Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

4

ENTWICKLUNGEN IM BEREICH MIGRATION

- steigende Zuweisung, vorauss. auch in 2022
 - > Nutzung vorhandener Kapazitäten in den bestehenden Einrichtungen (2-stufiges Unterbringungskonzept)
 - > Hinwirken auf den Auszug von Bewohnern ohne Unterbringungsverpflichtung
 - > verhältnismäßig hohe Impfquoten erlauben Belegung der bisher frei gehaltenen Plätze
- Landesaufnahmeprogramm Jordanien (erste Aufnahmen vorauss. ab Dezember 2021)

ENTWICKLUNGEN IM BEREICH MIGRATION

- beabsichtigte Kürzung der Erstattung für Migrationssozialarbeit für Rechtskreiswechsler sowie
- Streichung des Integrationsbudgets

Landkreis Oder-Spree

Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

6

MSA-II-Pauschale (§ 12 (1a) LAufnG)

- **Ausreichung bis 31.12.2021:**
 - für SGB-II-Empfänger aus den nicht-europäischen Asylherkunftsländern
 - für bis zu drei Jahre nach dem Wechsel in den Regelleistungsbezug
- **Nutzung der Gelder im LOS erfolgte bisher für die Aufstockung der unterbringungsnahen MSA im dezentralen Raum**
- **Aktueller Gesetzentwurf sieht eine Verlängerung der MSA-II bis 31.12.2024 vor, allerdings nur noch für Personen, deren Rechtskreiswechsel nicht mehr als 2 Jahre zurückliegt**
 - > **Erfahrungen bestätigen das Erfordernis einer engen migrationssozialarbeiterischen unterbringungsnahen Betreuung auch nach der 2-Jahres-Frist (insbes. bei schnellem Rechtskreiswechsel)**

Landkreis Oder-Spree



Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

7

Integrationsbudget (§ 14 (7) LAufnG)

- **Ziel: Unterstützung kommunaler Integrationsangebote**
- **Weiterleitung der Mittel an kreisangehörige Kommunen „in angemessenem Umfang“ zur Unterstützung der Integrationsarbeit**
- **Umfang: 300 €**
 - für jede bis einschließlich 31. Dezember des jeweiligen Vorjahres aufgenommene Person nach § 4 Nummer 1 und 2 LAufnG,
 - für jede am 1. Januar des jeweiligen Jahres leistungsberechtigte Person nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und
 - für jede zum 1. Januar des jeweiligen Jahres SGB II regelleistungsberechtigte Person aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern (ohne die Personen mit Rechtskreiswechsel vor mehr als drei Jahren)

Jahr	2019	2020	2021
Fördersumme (Soll)	681.000 €	661.500 €	680.100 €
Bewilligte Landesmittel (Stand: 26.10.21)	681.000 €	661.500 €	442.020,28 €

Landkreis Oder-Spree



Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

8

Integrationspauschale & -budget- Nutzung der Gelder

Ort	Beispiele der Förderung
Beeskow	Projekt über politische Grundbildung für Frauen
	Interkulturelle Woche
	Interkulturelle Arbeit mit Kindern
	Förderung Migrantenselbstorganisation
Eisenhüttenstadt	Bildungsprojekte für Kinder
	Kinderbetreuung im Frauenhaus und im Hort
	Heranführung an den Arbeitsmarkt sowie Schaffung von berufl. Erprobungsmöglichkeiten
Erkner	Schulung von Integrationshelfern
	Aktivitäten des Unterstützerkreises Erkner
Friedland	Begegnungs-Projekt

Landkreis Oder-Spree



Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

9

Integrationspauschale & -budget- Nutzung der Gelder (2)

Ort	Beispiele der Förderung
Scharmützelsee	Nähstübchen in der GU Am Fuchsbau
	Förderung von Begegnungen, z.B. in Kita
	Schulische Begleitung nach Corona
Schöneiche	Einrichtung der Stelle Integrationskoordination
Storkow	Verschiedene Projekte zur Förderung von Begegnungen
Fürstenwalde/Spree	Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Zugewanderten und schon länger hier Lebenden
	Unterstützung in Kita und Schule
	Übergang vom begleiteten in das selbstständige Wohnen
	Anti-Gewalt-Projekte
	Förderung von Migrantenselbstorganisationen
	Arbeitsmarkt-Projekte

Landkreis Oder-Spree



Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

10

Konsequenzen bei Wegfall des Integrationsbudgets

- **Wegfall zielgerichteter Unterstützungsstrukturen im lokalen Raum zur Förderung der Integration, insbesondere in den Bereichen**
 - Bildung und Sprache (zum Teil bedeutende coronabedingte Rückschritte der Kita- und Schulkinder in Bezug auf sprachliche Kompetenzen)
 - Kita und Schule (nach wie vor bestehende Herausforderungen in den Bereichen Elternarbeit, Sprachbarrieren, Vermittlung von Wissen, Heranführung an deutsche Kultur und Werte)
- **Wegfall sinnvoller Beschäftigungsmöglichkeiten für Zugewanderte**
- **Wegfall von Angeboten, die die berufliche Integration fördern und damit zu erwartender steigender Sozialleistungsbezug**
- **Wegfall von Möglichkeiten der Begegnung zwischen Alteingesessenen und Neuzugewanderten, in der Folge ggf. erhöhtes Maß an Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus**
- **Notwendigkeit zum Erschließen von alternativen Fördermöglichkeiten:** Regionalbudget (vor. nur 20.000 €), AMIF (Fördermöglichkeit ab 1.1.22 fraglich, hoher bürokratischer Aufwand)

Konsequenzen bei Wegfall des Integrationsbudgets

- **Integrationserfolge sind nicht kurzfristig erreichbar, es handelt sich vielmehr um einen langfristigen Prozess**
- **Integration gelingt, wenn verschiedene Akteure zielgerichtet bei der Aufdeckung von Angebotslücken sowie bei der Schließung dieser zusammen arbeiten**
- **im LOS gut vorangeschrittene Integrationsprozesse werden durch die Streichung der Mittel aus Integrationspauschale und –budget behindert, indem geschaffene bedarfsorientierte und zielgruppenspezifische Strukturen nun wieder abgebaut werden müssen**



**Gegen den
Notstand:
Mehr Gehalt,
mehr Personal.**

Jetzt!

DIE LINKE.